



Peter Ulrich Weiß · Jutta Braun

Im Riss zweier Epochen

Potsdam in den 1980er und frühen 1990er Jahren



be.bra
Wissenschaftsverlag

Im Riss zweier Epochen

Peter Ulrich Weiß / Jutta Braun

Im Riss zweier Epochen

Potsdam in den 1980er
und frühen 1990er Jahren

be.bra
wissenschaft verlag

Das Buchprojekt wurde gefördert vom Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg und vom Verein der Freunde und Förderer des ZZf Potsdam.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische
Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten.

Dieses Werk, einschließlich aller seiner Teile, ist urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist
ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere
für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen, Verfilmungen und
die Einspeicherung und Verarbeitung auf DVDs, CD-ROMs, CDs, Videos, in
weiteren elektronischen Systemen sowie für Internet-Plattformen.

2., durchgesehene Auflage
© be.bra wissenschaft verlag GmbH
Berlin-Brandenburg, 2019
KulturBrauerei Haus 2
Schönhauser Allee 37, 10435 Berlin
post@bebraverlag.de
Lektorat: Matthias Zimmermann, Berlin
Umschlag: typegerecht, Berlin
Satz: ZeroSoft
Schrift: Minion Pro 10/13pt
Gedruckt in Deutschland
ISBN 978-3-95410-240-2

www.bebra-wissenschaft.de

Inhalt

Einleitung – Bezirksstädte als Zentren der politischen Umwälzung in der DDR	9
Stadt und Umbruch	10
Blinde Flecken, offene Fragen	12
Multiperspektivische Stadtgeschichte	14
Traumstadt und Krise – Sozio-ökonomische Widersprüche einer privilegierten Bezirksstadt	17
Die grüne Residenzstadt am Fluss	17
Defizitwirtschaft und Mangelversorgung	20
Baukrise und Altstadtzerfall	26
Die Macht in der Stadt – Eliten, Institutionen, Topografie	35
Das „rote“ Potsdam und seine weißen Flecken	35
Die Bezirksstadt als Herrschaftsbühne	36
Partei- und Staatsapparat im Überblick	41
Die Mitgliederbasis der SED	47
Kaderschmieden und staatsnahe Bildungseinrichtungen	50
Die Garnisonstadt und ihr Militär	55
Grenzregime und MfS	59
Der militärische Bildungs- und Sportkomplex	63
Das Gebäude wankt – Innere und äußere Faktoren der Herrschaftserosion	67
Der Gorbatschow-Faktor	68
Das Sputnik-Verbot	70
Störsignale aus Ost und West	74
Mitgliederverluste der SED	77
Flucht und Ausreise	78
Gegenöffentlichkeiten – Regimedistanz und Gesellschaftskritik in Kirchen und Kulturbund	85
Die Bezirksstadt als kirchliches Zentrum	85
Neue Kirchen im Stadtbild	91
Helmut Schmidt in Potsdam	93
Staatliche Kontrolle und ihre Grenzen	95
Politisch-alternative Gruppen unter dem Dach der Kirchen	99
Konfessionelle Widerstandsmotive	108
Grüne Gegenstimmen: AG Pfingstberg und ARGUS im Potsdamer Kulturbund	111
Vorsichtiger Aufbruch – Politisch-alternative Aktivitäten 1987/88	120
Der Olof-Palme-Friedensmarsch	121
Kirchen in Bewegung: Von der Soli-Andacht bis zur Friedensdekade	123

Gegen kapitalistische Weltwirtschaft und sozialistische Volksbildung	128
Stadtökologie in Aktion	130
Kino und Krise – Filmstadt Babelsberg als Ort künstlerischer und politischer Unruhe	133
Traumfabrik von Babelsberg: Das DEFA-Filmstudio für Spielfilme	133
Kontrollierter Filmbetrieb	135
Unzufriedene Parteibasis	139
Belegschaft im Aufbruch	142
Studio im Umbruch	145
Im Spannungsfeld von Kreativität und Kontrolle: Die Hochschule für Film und Fernsehen	148
Neuer Rektor, neuer Wind	154
Der Herbst 1989	159
Nach der Revolution	161
Störsignale aus kulturellen Leuchttürmen – Ausprobieren und Aufbegehren in Theater und Wissenschaft	164
Theater als Provokation: Das Hans-Otto-Theater	164
„Der Revisor“: ein lokalpolitischer Skandal	171
Gewagte Satire: Das Kabarett am Obelisk	180
Funken des Widerspruchs: Der Telegrafenberg	183
Zeitenwende für Physiker	188
Sphären der Subkultur – Alternative Freiräume und politische Aktionsformen der Jugendkultur	194
Lindenpark und „Stube“	196
„Das Heider war ein Versprechen: von Paris, von Weltläufigkeit, von Irgendwas“:	
Alternative Kneipen- und Kaffeehauskultur	201
Jugendkultureller Rechtsruck und alternativer Antifaschismus	207
Die Antifa-Gruppe Potsdam	211
1. Potsdamer Antifa-Tag	215
Im Konflikt mit dem Staat	217
Weg in den Aufstand – Von den Wahlkontrollen zur Bürgerbewegung	220
Kommunalwahlen als Konfliktfeld	220
Massenmobilisierung zum 7. Mai	222
Die Manipulation der Wahlergebnisse	225
Reaktionen und Folgen	228
Vorböten des Umbruchs: Das Pfingstbergfest vom 10. Juni	233
Trommeln für den Frieden	239
Die Formierung der Bürgerbewegungen und neuen Parteien	242
Straßenrevolution – Die Massenprotestbewegung und ihre Wendepunkte	249
4. Oktober: Der unerwartete Revolutionsbeginn	251
7. Oktober: Der Staat zeigt Härte	254
4. November: Massenprotest auf dem Höhepunkt	258
Gegenoffensiven der SED	261
9. November: Der Mauerfall als ambivalente Zäsur	265
2. Dezember: Die Ankunft der Sozialdemokraten	270

Repressionsapparat am Ende – Die Entmachtung und Auflösung des MfS	274
Leben mit der Stasi	274
Die Besetzungen am 5. Dezember 1989	278
Der Potsdamer „Rat der Volkskontrolle“ und die Auflösung des MfS	285
Vom Haus des Terrors zum Haus der Demokratie	293
Von der Akklamation zur Selbstverwaltung – Kommunalpolitik im Umbruch	298
Die Stadtverordnetenversammlung	298
Demokratischer Neubeginn	310
Der Runde Tisch	316
Transformation einer diktatorischen Partei – Wie die SED in Brandenburg „neu denken und laufen lernte“	324
Von der SED zur PDS – Machtverlust und politischer Neuanfang	324
Die Erosion an der Parteibasis bis Ende 1989	326
Krisenmanagement: Von Jahn zu Vietze	329
Der Weg zur Konsolidierung	334
Rück- und Umbau des Parteiapparates	336
Die PDS in den Wahlen 1990	340
„Brandenburger Weg“	343
Neue Kräfte auf Erfolgskurs – SPD und Bürgerrechtler auf dem Weg zur Macht	346
Die SDP: von der Oppositions- zur Regierungspartei	346
Parteiaufbau und Parteihilfe Ost in Brandenburg	349
Der Schock der Volkskammerwahl	352
Abgrenzung zur SED	354
Von der Kommunal- zur Landtagswahl	358
Bündnis 90: Erfolgreicher Sonderfall in Brandenburg	364
„Brandenburger Bündnisquälereien“	366
Mit dem Trio an die Macht	371
Der „Fall Stolpe“	374
Wessis in Potsdam – Hilfe und Einfluss von Partnerland und Aufbauhelfern	377
Westdeutsche Hilfe für ostdeutsche Regionen	378
Die Partnerschaft zwischen Nordrhein-Westfalen und Brandenburg	380
Aufbauhelfer im Einsatz	384
Stadt und Landschaft im Wandel – Eigentumsfragen und Neukartierungen	389
Die Eigentumsfrage	390
Preußenglanz und Grenzgebiet	395
Neuer Blick auf Sehenswürdigkeiten	401
Ein neues Welterbe	404
Späte Heimkehr	406
Truppenabzug und Naturschutz	408

Prestigeobjekt im Umbruch – Vom Staats- zum Vereinssport	412
Sport frei! – und ohne Grenzen	412
Das Ende der Privilegien	413
Vom militärischen Sperrgebiet zum bürgernahen Verein	416
Institutionen-Transfer und Vergangenheitsbewältigung	420
Erfolgsmodell Sportschule	424
Schlussüberlegungen – Umbruch, Übergang und Transformation	427
Brandenburger Oppositionszentrum	428
Ortsverlust und Raumbewinn	430
Gesellschaft im Übergang	433
Anhang	437
Anmerkungen	437
Verzeichnis der Interviewpartnerinnen und -partner	527
Ausgewertete Archive	527
Auswahlbibliografie zu Potsdam	528
Abbildungsnachweis	530
Abkürzungsverzeichnis	531
Personenregister	532
Orts- und Sachregister	537

Einleitung

Bezirkstädte als Zentren der politischen Umwälzung in der DDR

11. November 1989: Wer an jenem Samstag durch die DDR reiste, hatte den Eindruck, das halbe Land sei auf den Beinen. Seit den Morgenstunden strömten schier endlose Menschenmassen zu den Grenzübergängen in Richtung Bundesrepublik und West-Berlin. Auch in Potsdam war zwei Tage nach dem Mauerfall alles in Bewegung. Zehntausende pilgerten an die Außengrenzen der Stadt, um sich „den Westen“ anzusehen. Das euphorische „Wahnsinn!“ war auch hier das Wort der Stunde. Doch während an der Glienicker Brücke und am Grenzübergang Drewitz ausgelassene Feierstimmung herrschte, war die Situation in der Innenstadt mehr als angespannt. Potsdamer und Teltower Betriebsparteiorganisationen der SED hatten nahe dem Rat des Bezirkes in der Heinrich-Mann-Allee zu einer Kundgebung aufgerufen, um zu zeigen, dass die Parteibasis die Massenprotestbewegung gegen die SED-Herrschaft nicht einfach gelähmt hinnahm wie im Rest des Landes. Man wollte ungebrochene Stärke beweisen und richtete Reformforderungen an das Ost-Berliner Politbüro. Potsdams Oppositionsgruppen jedoch dachten nicht daran, am ersten maueroffenen Wochenende die Straßen der ungeliebten Staatspartei und deren Anhang zu überlassen. In Scharen zogen sie ebenfalls in die Heinrich-Mann-Allee, wo sie sich schon bald mit Tausenden Mitgliedern der SED hitzige Wortgefechte lieferten. „Wir sind das Volk!“, „Die SED muss weg!“ und „Stasi raus!“ tönte der Sound des Umbruchs. Verzweifelt intonierten SED-Mitglieder mit erhobener Faust die „Internationale“. Eine seltsame Verkehrung: Noch einen Monat zuvor war die kommunistische Arbeiterhymne von Bürgerrechtlern auf der Klement-Gottwald-Straße (heute: Brandenburger Straße) angestimmt worden, die sich auf diese Weise vor Stasi-Häschern und knüppelnden Polizisten schützen wollten. Immerhin, bei der Kundgebung am 11. November schlug die aufgeheizte Stimmung nicht in Gewalt um. Eines jedoch wurde an diesem Tag mit aller Wucht deutlich: Potsdam war eine gesellschaftspolitisch tief gesplante Stadt.

Diese Zerrissenheit kam nicht von ungefähr. Potsdam besaß eine hochpolitisierte und zugleich stark fragmentierte Bürgerschaft, deren Vielfalt, Vielstimmigkeit und Lebendigkeit nicht in das Bild von der biederen Provinz im Schatten der Hauptstadt passte. Der Bedeutungswandel, den die Stadt in den Monaten und Jahren nach dem Mauerfall im Eiltempo zu durchlaufen begann, war extrem: Aus der „roten Bezirkstadt“ wurde die einzige sozialdemokratisch geführte Landeshauptstadt in Ostdeutschland, aus der Kaderschmiede der SED ein Ort bildungsbürgerlicher Schichten, aus der überwachten Grenz- eine offene Kulturstadt. Eine solche Entwicklung – und ihr gewaltloser Verlauf – war keineswegs selbstverständlich.

Potsdam hatte vor 1989 den Ruf eines stabilen Herrschaftszentrums besessen. Als regionale Machtbastion der SED, Grenz- und Garnisonstadt zu West-Berlin sowie bedeutender Wissenschafts- und Ausbildungsstandort ballten sich hier wie kaum anderswo systemloyale Eliten und einsatzbereite Sicherheitskräfte. In den SED-Lageeinschätzungen galt die Havelmetropole im Hinblick auf „feindliche“ oder „negativ-dekadente“ Aktivitäten lange Zeit als politisch unauffällig. Doch trotz des Anscheins von Stabilität war die Bezirksstadt keineswegs von der landesweiten Entwicklung der 1980er Jahre abgekoppelt. Diese war von zwei parallel verlaufenden Prozessen bestimmt: erstens von der allmählichen Erosion der SED-Herrschaft auf wirtschaftlichem, politischem und ideologischem Gebiet und zweitens vom erstarkenden Widerstand gegen das SED-Regime. Letzterer fand in Potsdam seinen Nährboden in den zahlreichen städtischen Einrichtungen, Treffpunkten und spezifischen Milieus von Kirche und Kulturbund, Naturwissenschaft und Kulturbetrieb, Boheme und Jugend(sub)kultur, denen sich Tausende Potsdamer zugehörig fühlten. Über vielfältige Zusammenschlüsse formte sich daraus wiederum eine organisierte Opposition. Auf diese Weise gingen bereits in den 1980er Jahren Risse durch die Stadtgesellschaft. Für DDR-Bezirksstädte war dies durchaus typisch, denn hier trafen zentralistische Machtstrukturen und kulturelle oder milieubedingte Vielfalt direkt aufeinander. Somit spiegelten sich in Potsdam großstädtische Machtverhältnisse und politische Kulturen wider, die ihrerseits wiederum landesweite Gemengelagen reflektierten.

Stadt und Umbruch

Die ostdeutsche Revolution von 1989/90 war vieles: überraschend, gewaltarm, protestantisch, demokratisch, national ... Doch in ihren entscheidenden Momenten war sie vor allem eines: ein städtisches Ereignis! Eine Tatsache, die kennzeichnend ist für die gesamte deutsche Revolutionsgeschichte seit dem 19. Jahrhundert. Historiker und Publizisten haben dies durchaus registriert, jedoch kaum thematisiert. Es besteht zwar kein Zweifel hinsichtlich der herausragenden Bedeutung der 1989er Vorgänge in Leipzig, Dresden, Ost-Berlin oder auch Plauen.¹ Jedoch hat diese Erkenntnis weder dazu geführt, die tonangebende Rolle von mittleren und Großstädten in diesem landesweiten Prozess näher zu untersuchen, noch die lange Vor- und Nachgeschichte städtischer Umbruchgeschichten in ihrer tatsächlichen gesellschaftsgeschichtlichen Dimension zu erforschen. Das trifft in besonderem Maße auf die 14 Bezirksstädte zu, die im territorialen Machtgefüge eine unbestrittene Spitzenposition einnahmen.² Immerhin kam der bezirksstädtischen Ebene seit 1952 eine konstituierende Stellung im ostdeutschen Herrschafts- und Planungssystem zu. Hier konzentrierten sich die Institutionen und Eliten von Partei und Staat. Zugleich waren die Bezirksstädte der Lebens- und Arbeitsraum von am Ende immerhin knapp vier Millionen Bürgern, darunter Hunderttausende SED-Mitglieder, Tausende Partei- und Staatsfunktionäre und weit mehr als die

Hälfte aller Oppositionellen, die das MfS landesweit beobachtete. Und genau sie wurden im letzten DDR-Jahrzehnt in den meisten Bezirken zum zentralen Schauplatz für regionale Herrschaftserosion, Opposition und Revolution.³ Was hier vor sich ging, strahlte ins Umland ab und beeinflusste dessen politische Entwicklung. Diese „Strahlkraft“ war vor allem bedeutsam in herrschaftspolitisch ruhigen Bezirken wie Cottbus, Frankfurt/Oder, Neubrandenburg oder Schwerin, wo kaum oder nur wenig Protest- und Reformpotenzial vorhanden war. Im Übrigen begünstigte die relativ große Zahl an Bezirksstädten, die im Herbst 1989 zu regionalen Zentren der landesweiten Demokratiebewegung gerieten, zugleich den „typisch deutschen“ Verlauf der 1989er Revolution, der von einer Vielzahl revolutionärer Kristallisationspunkte bzw. vom Fehlen (weniger) eindeutiger Zentren gekennzeichnet ist.⁴ Insofern besitzt die vorliegende Studie zu Potsdam auch exemplarischen Charakter.

Als politisch und kulturell vielstimmige Gebilde waren Bezirksstädte empfindliche Resonanzräume der Politik. Die Stärke des Echos war jedoch nie in Gänze vorhersehbar, was angesichts der Diversität Zehntausender oder gar Hunderttausender Menschen, die eine solche Stadt bevölkerten, nicht weiter verwundert. Und so existierte auch in Potsdam ein schwer zu fassendes Nebeneinander von Kräften der Stabilität und Faktoren der Instabilität. Konkret: Ausgerechnet im konsum-privilegierten Potsdam beschwerten sich Bürger überdurchschnittlich häufig über Versorgungsmängel, ausgerechnet in einer von Umweltverschmutzung vergleichsweise weniger belasteten Stadt wie dieser engagierten sich besonders viele Menschen für Umweltschutz, ausgerechnet an der Stätte etablierter Staatskultur entstand Kulturopposition, ausgerechnet in der „roten“ Kaderstadt sympathisierten SED-Mitglieder mit reformsozialistischen Ideen. Das mehrheitliche Einrichten in diktatorischen Verhältnissen war kein Beleg für massenhafte politische Zustimmung. Die Gegensätzlichkeiten, Widersprüche und Spannungsverhältnisse waren ausgeprägter und verliefen eigendynamischer als anderswo im Bezirk – und sorgten so für überraschende Momente und Konstellationen. Wie historisch konstitutiv Überraschung und Kontingenz sein können, bezeugt die Ereignisgeschichte von „1989“. Denn auch wenn es heute vielfach anders tönt, niemand hat das schnelle und radikale Ende der kommunistischen Regime in Europa prognostizieren können oder gar vorausgesehen – Geschichte ist ein offener Prozess. Ihr Verlauf ist daher sowohl für Potsdam als auch für die DDR weder eindimensional von ihrem Ende her zu denken, noch als zwangsläufige und durchlaufende Krisenhistorie zu verstehen.⁵

Dass mit „1989“ eine Epoche und damit das „kurze 20. Jahrhundert“ endeten, ist mit Blick auf die politische Verfasstheit der DDR und anderer Ostblockländer gut begründbar – auch am Beispiel der ostdeutschen Bezirksstädte. Innerhalb weniger Monate stellten die Beschlüsse zur Einführung der parlamentarischen Demokratie, von sozialer Marktwirtschaft, kommunaler Selbstverwaltung sowie die Privatisierung von Grund und Boden und Betrieben die bislang gültigen gesellschaftlichen Ordnungsprinzipien auf eine völlig neue Grundlage, wenn nicht sogar

auf den Kopf. Schaut man jedoch auf andere Bereiche, etwa Kultur oder Familie, geht die Trennschärfe dieser Zäsur verloren. Anstelle klar sichtbarer Einschnitte eröffnen sich dem Betrachter eher Übergangsphasen, die geprägt sind von jeweils unterschiedlich verlaufenden sektoralen Entwicklungen und starken Kontinuitätslinien, die von den 1980er Jahren (und davor) bis weit in das Folgejahrzehnt hineinwirken.⁶

Erfahrungs- und Deutungszäsuren gehen hierbei vielfach auseinander. Gerade 1990/91 sahen sich große Teile der Bevölkerung einer doppelten Zeiterfahrung zwischen Ende und Anfang ausgesetzt: Während sich die „große Politik“ in raschen Schritten fortbewegte, blieb die individuelle Lebenssituation oftmals noch für Jahre seltsam immobil und unentschieden, bis sie sich dann sprunghaft veränderte. In der Arbeitswelt dominierten zunächst Zwischen- und Übergangslösungen, gekoppelt an die Hoffnung auf persönliche Weiterbeschäftigung. Alte Mietverhältnisse waren durch Kündigungsschutz *noch* abgesichert, bestehende Institutionen existierten *noch* weiter, in Betrieben, Geschäften und Amtsstuben waren die Angestellten vielfach *noch* die gleichen. Es herrschte eine eigentümliche Wartesaalatmosphäre, ohne dass die Wartenden Genaueres über Ziel und Zeitpunkt ihrer bevorstehenden Reise zu sagen wussten. Die Konsequenzen des gesellschaftspolitischen Ordnungswechsels waren bereits zu erahnen, die konkreten Folgen für den Einzelnen dagegen kaum. Im Riss zweier Epochen sind damalige Stadtgesellschaften wie die Potsdamer daher auch als Übergangsgesellschaften von mittlerer Dauer beschreibbar.

Blinde Flecken, offene Fragen

Mit dem Vorhaben, die 1980er und frühen 1990er Jahre zu analysieren, stößt das vorliegende Buch in eine Forschungslücke. Zwar sind zahlreiche wichtige Arbeiten zu Opposition und Widerstand gegen das SED-Regime sowie zur Revolution 1989/90 entstanden.⁷ Aber es fehlen nach wie vor empirisch dichte Studien, die sich mit Struktur, Stabilität und Krise der späten SED-Herrschaft in den Regionen, insbesondere mit der Herrschafts- und Gesellschaftsgeschichte der Honecker-Ära in den drei ehemaligen Bezirken Brandenburgs beschäftigen.⁸

Zudem steht eine historische Umbruch- und Transformationsgeschichte der ehemaligen DDR und ihrer Bezirksstädte noch völlig am Anfang.⁹ Vor allem auf der Ebene regionaler Akteure offenbaren sich für die Spätphase der DDR noch blinde Flecken. So ist beispielsweise nur wenig bekannt über politisch-alternative Kreise außerhalb der Kirche, Kulturopposition und SED-Reformkräfte.¹⁰ Noch augenscheinlicher ist die begrenzte Zahl von Studien über partei-staatliche Mittelinstanzen und Funktionäre auf Bezirks- und Kreisebene, über die dortigen Parteibasen von SED und Blockparteien sowie über Sinnbildungs-, Integrations- und Erosionsprozesse ihrer Mitglieder.¹¹ Neuere Untersuchungen, wie die über die SED-Kreisleitung in Brandenburg an der Havel, leisten hier Pionierarbeit.¹² Im Er-

gebnis ist es daher vielfach eine offene Diskussion geblieben, wie das Verhältnis von Stabilität und Erosion regional zu gewichten sei, ob sich der Zusammenbruch der SED-Herrschaft eher als strukturell langfristig angelegtes oder als kontingenz-behaftetes und deshalb überraschendes Ende ausnahm.¹³ Debatten über die „rätselhaftige Stabilität“ der DDR, über lange Kontinuitätslinien der Alltagsgeschichte oder über die Wurzeln der „Dritten Generation Ost“ legen dabei nahe, dass es zu kurz gegriffen wäre, die 1980er Jahre pauschal als simples Präludium für den DDR-Kollaps zu deuten.¹⁴

Unbeachtet geblieben ist überdies die Frage, wie dieses Spannungsverhältnis räumlich zu verorten sei, und zwar sowohl territorial als auch lokalspezifisch. Dass *die Stadt* den wesentlichen Ermöglichungsraum und Knotenpunkt der osteuropäischen Revolutionen bildete, gilt mit Blick auf Gdańsk, Timișoara oder Leipzig als unstrittig. Doch eine ausgefächerte, vergleichende Forschung zu „Stadt und Revolution“, wie sie beispielsweise zu 1848/49 existiert, gibt es für die Vorgänge 150 Jahre später nicht. Klassische stadthistorische Untersuchungskriterien wurden bislang kaum an den Gegenstand angelegt, auch nicht in Bezug zu den Bezirksstädten. Die bezirkstättische Ebene kommt meist nur dann zur Sprache, wenn Handlungsspielräume staatlicher Kommunalverwaltungen oder städtebauliche Planungsgeschichte diskutiert werden.¹⁵

Mit Blick auf „1989“ und die brandenburgische Region leistet ein jüngst erschienener Sammelband, der neueste Forschungsergebnisse über den regionalen Zusammenbruch des kommunistischen Regimes präsentiert, einen wichtigen ersten Überblick.¹⁶ Die dortigen Beiträge korrigieren das Klischee von Brandenburg als widerstandsfreier Zone und Stillhalte-Region. Demnach gingen die Brandenburger 1989/90 keinen Sonderweg, auch wenn ihre Bezirke in Hinblick auf den zögerlichen Revolutionsbeginn kein Paradebeispiel für die Umsturzkraft der DDR-Oppositionsbewegung darstellen. Vielmehr steht deren Umbruchgeschichte exemplarisch für die Unfähigkeit des SED-Regimes, den Machtapparat und die Parteibasis für die Rettung „seines“ Staates mobilisieren zu können. Neben dem Druck der Massenprotestbewegung wird aktuell auch die Bedeutung der generationengebundenen Prägungen, Führungsstile und Denkhorizonte von regionalen Parteiliten akzentuiert, um den inneren Machtzerfall der SED in den Brandenburger Kreisen 1989 zu erklären. Nicht nur Alt-Kommunisten, sondern ebenso die sogenannte Aufbau-Generation der um die 60-jährigen SED-Funktionäre erwiesen sich als unfähig, auf das demonstrierende Volk und seine Forderungen zuzugehen.¹⁷

Zudem ist es sinnvoll, den Blickwinkel zu weiten. So wurde im Zusammenhang mit der Betonung von nationalen und internationalen Langzeitentwicklungen und dem Hinterfragen von zäsurgeschichtlichen Gewissheiten angeregt, sich von einer strengen Fokussierung auf „1989“ zu lösen und den vermeintlichen Jahrhundertschnitt zugunsten einer langen Geschichte der „Wende“ mit den ihr eigenen Kontinuitätslinien zu relativieren. Stärker als bisher seien der sich seit dem letzten

Drittel des 20. Jahrhunderts vollziehende deutschland- und europaweite Strukturwandel in seiner Wirkmacht – auch auf den Systemwechsel – zu berücksichtigen.¹⁸ All dies kündigt von einem erhöhten Interesse an den 1980er und 1990er Jahren als zeithistorischer Gegenstand. Von einer mancherorts postulierten Ausforschung der ostdeutschen oder DDR-Geschichte kann daher nicht die Rede sein.

Dies trifft im engeren Sinne auch auf Potsdam zu, denn geschichtswissenschaftliche Untersuchungen, die sich auf breiter Grundlage mit der lokalen Politik und Gesellschaft im genannten Zeitraum befassen, liegen bislang nicht vor. Gleichwohl wurden, wie die Auswahlbibliografie am Schluss ausweist, einzelne Fallstudien zu ausgewählten Potsdamer Institutionen oder politischen Gruppierungen erarbeitet.¹⁹ Darüber hinaus ist eine Reihe von Publikationen zu „1989“ entstanden, in denen Zeitzeugen und ehemalige Aktive der Umbruchperiode ihre Erlebnisse protokollierten oder in mühevoller Kleinarbeit Quellensammlungen, Dokumentationen und Chroniken zu einzelnen Oppositionszirkeln und neuen Parteien, zum MfS (und seiner Auflösung), zum Runden Tisch oder zur SED/PDS erstellten. Ihre Zahl spiegelt Potsdams Rolle als politisches und oppositionelles Zentrum in Brandenburg wider. Vertiefende Informationen zur Stadtgeschichte sowie über die Transformationszeit enthalten zudem Gutachten, die im Auftrag der Enquete-Kommission zur „Aufarbeitung der Geschichte und Bewältigung von Folgen der SED-Diktatur und des Übergangs in einen demokratischen Rechtsstaat im Land Brandenburg“ zwischen 2011 und 2013 angefertigt wurden. Von diesen Schriften hat die vorliegende Studie profitiert und eine Reihe von Befunden in die Argumentation aufgenommen.

Multiperspektivische Stadtgeschichte

Moloch, Labyrinth, Lebewesen, Maschine, Netzwerk ... Die Zahl der klangvollen Metaphern, anhand derer – meist kultur- oder kunstgeschichtlich – über „Stadt“ nachgedacht wird, ist groß.²⁰ Geht es jedoch um sozialistische Bezirksstädte, bilden solcherlei Schöpfungen die Ausnahme.²¹ Das sinnstiftende Potenzial komplexer Bilder scheint für Orte wie Magdeburg, Suhl oder Gera begrenzt. Davon ausgenommen sind Darstellungen, die unter performativen Fragestellungen urbane Räume betrachten. Städte oder Plätze werden dann zu „Bühnen“ oder „Theatern“, wo sich Milieus oder Eliten inszenieren bzw. Herrschaftsformen repräsentiert werden.²² Häufiger begegnet man der Bezeichnung „Laboratorium der Moderne“, wenn von städtebaulichen Planungen oder auch künstlerisch-kulturellem Experimentieren in DDR-Städten die Rede ist. Dann fällt auch der Name Potsdam.²³ In der vorliegenden Studie werden solche Gedankengänge immer wieder aufgegriffen, insbesondere wenn bestimmte Langzeit-Merkmale sozialistischer Stadtentwicklungen wie die Bevorteilung der gesellschaftlichen gegenüber der privaten Nutzungsstruktur oder die „Lösung der Wohnungsfrage“ als sozialpolitisches Großprojekt thematisiert wird.²⁴ Einzelne heuristische Denkmodelle werden aufgrund der praktizier-

ten Multiperspektivität jedoch nicht favorisiert. Stattdessen wird von Großstadt in der DDR als einem Ort ausgegangen, an dem sich in den 1980er Jahren politische Erfahrung und politisches Handeln geschichtsmächtig verdichteten, und zwar so weit, dass die Politisierung der urbanen Gesellschaft schließlich systemsprengend wurde.

Die nachfolgenden Ausführungen erzählen somit weniger vom Funktionieren einer sozialistischen Stadt, als vielmehr vom allmählichen Porös-Werden einer gesellschaftlichen Ordnung, die die materiell wie auch sozial konstruierten Stadträume prägte und zusammenhielt.²⁵ Anliegen ist es, die konfliktvolle Beziehungsgeschichte zwischen lokalen Herrschaftseliten und oppositionellen Gegeneliten über die 1980er Jahre hinweg bis in die Phase der Transformation Potsdams zur Landeshauptstadt zu analysieren. Dabei werden politische Interaktions- und Mobilisierungsprozesse untersucht und Fragen nach Milieustabilität, Austausch und Überleben von politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Eliten verhandelt. Wie ist der plötzliche Umschlag zur Massenprotestbewegung zu erklären, was steckt hinter der noch immer lebendigen Etikettierung als ehemals „rote Bezirksstadt“ und warum blieb Potsdam auch über 1989 hinaus das Epizentrum des politischen Umbruchs in Brandenburg? Wie verhielten sich Exponenten der alten und neuen Ordnung im neuen politischen Koordinatensystem zueinander? Die Untersuchung widmet sich auch den vielfachen Erfahrungen von versetzt ablaufenden Zäsuren und Transformationen, die diesen zuweilen eruptiv, zuweilen schleichend verlaufenden Übergang des Lebens in der Stadt Potsdam in der langen Geschichte des Umbruchs markierten. Dazu gehört auch die Erfahrung einer „Raumwende“ im engeren Sinne während des Systemwechsels. Wie wurden durch den politischen Umbruch und seine Akteure urbane Öffentlichkeit und Räume erfasst und verändert, besetzt und neuverteilt, symbolisch ent- und aufgeladen? Auch die maßgebliche Rolle und der Einfluss einzelner Persönlichkeiten werden diskutiert, denn der „Neuanfang“ in Potsdam und Brandenburg war nicht allein das Ergebnis struktureller Weichenstellungen, sondern auch persönlicher Ambitionen und Netzwerke. Der in der sozialwissenschaftlichen Forschung strukturell beschriebene „Institutionen-Transfer“ von West nach Ost im Rahmen der deutschen Einheit²⁶ erhält hier, in der sich wandelnden Stadtgesellschaft und der entstehenden Landeshauptstadt, anschauliche Konturen und zahlreiche Gesichter: Unter welchen Voraussetzungen und Bedingungen fanden ehemalige Funktionäre und Vertreter der neuen Kräfte den Weg an die Spitzen von Politik und Kultur? Welche Bedeutung besaßen dafür politische Beziehungen oder auch Freundschaften aus der Zeit vor 1989? Nicht zufällig gilt Potsdam als Geburtsort und Bewährungsstätte zahlreicher politischer Karrieren, die bald auch über Potsdam und das Land Brandenburg hinaus bleibende Bedeutung entfalteten.

Der gewählte multiperspektivische Zugang, die empirischen Tiefenbohrungen und die zum Teil collagenartige Struktur korrespondieren mit jener bereits beschriebenen Offenheit und Ungleichzeitigkeit, die die Stadt und die in ihr statt-

findenden Entwicklungen auszeichnen. *Stadt* und *Gesellschaft* werden zu einer Gesellschaftsgeschichte des Lokalen verknüpft. Dabei reicht es nicht aus, nur die vielkritisierte Top-Down-Perspektive zu überwinden und politische Vorgänge als (kommunikative) Aushandlungsprozesse zwischen „oben“ und „unten“ zu beschreiben. Um eine Stadt bzw. Stadtgesellschaft exemplarisch zu vermessen, bedarf es empirisch ausreichender Breite. So treten Vielstimmigkeit, Formenvielfalt, Parallelexistenzen und Wechselbeziehungen von Lebens- und Arbeitswelten als Spezifika urbaner Ballungsräume erst mit einer repräsentativen Dichte an Untersuchungsgegenständen und Fallbeispielen zutage. Ein enzyklopädischer Anspruch wird jedoch nicht erhoben. Vielmehr kommt es im Falle Potsdams darauf an, die ausgeprägte Mosaikstruktur von Großstadt-Gesellschaften und deren Dynamik im historisch-politischen Zusammenspiel von Ort, Mensch und Zeit offenzulegen. Mitunter animiert der Gegenstand dabei auch, in die Perspektive des Spaziergängers zu wechseln: Gerade im Moment oder am Detail werden das Geschichtsmächtige und seine umstürzende Kraft zuweilen augenscheinlicher als im großen historischen Bogen. Hierin liegt zugleich das besondere Potenzial regional- bzw. mikrogeschichtlicher Zugriffe.²⁷

PUW

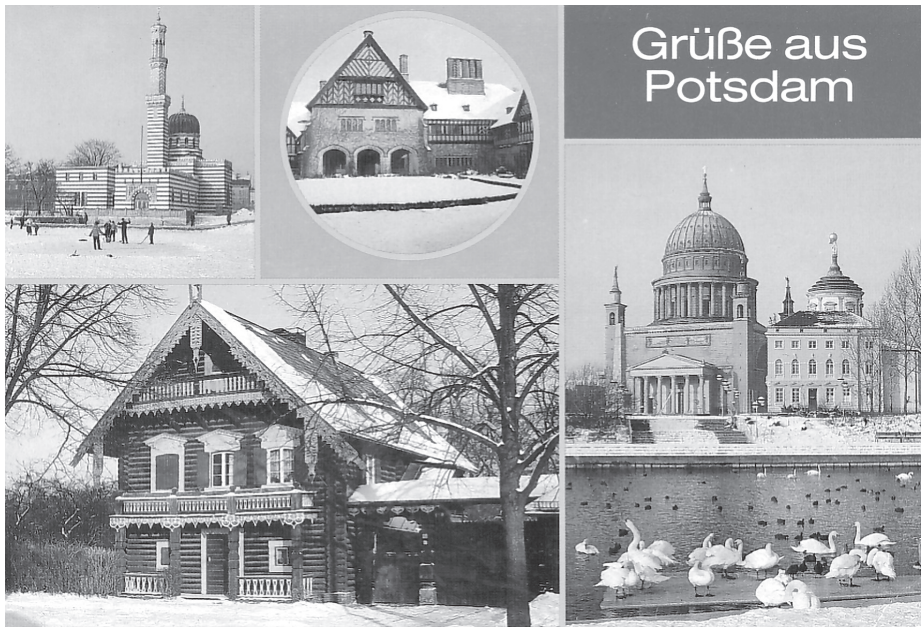
Traumstadt und Krise

Sozio-ökonomische Widersprüche einer privilegierten Bezirksstadt

Der Zustand der DDR-Gesellschaft in den 1980er Jahren wird häufig mit den Begriffen „Stagnation“ und „Krise“ umschrieben. Zur bildlichen Illustration dienen Fotografien, die qualmende Fabriksschlote, kaputte Innenstadtfassaden, halbleere Geschäftsauslagen und endlose Warteschlangen zeigen. Sie stehen stellvertretend für ein marodes, zum Stillstand gekommenes System, das dem Dorfleben ebenso seinen Stempel aufdrückte wie dem Geschehen in der Großstadt. Das trifft auch für Potsdam zu. Auch hier dominiert rückblickend das bildliche Narrativ vom Niedergang, was zunächst nicht weiter verwunderlich ist, denn die Havelmetropole blieb nicht von den Auswirkungen der ökonomischen Makrokrisis verschont.¹ Wirtschaftsprobleme und Mangelverwaltung lenkten vielerorts den Lebens-, Wohn- und Arbeitsalltag der Einwohner. Doch so real auch die bröckelnden Fassaden waren, es gab eine zweite Seite: Potsdam war die Stadt der Schlösser und Gärten mit einer vergleichsweise privilegierten Lage und Versorgung. Als solche zog sie viele Zeitgenossen in den Bann und verkörperte – im Schatten der Hauptstadt – Momente von Wachstum und Dynamik in der Region. Für zahlreiche Menschen, die hier wohnten und arbeiteten, erfüllte sich sogar der Traum vom zufriedenen Leben. Insofern existierte unter sozio-ökonomischen Gesichtspunkten für das letzte DDR-Jahrzehnt ein spannungsgeladenes, asymmetrisches Nebeneinander von Aufschwung *und* Stillstand, Stabilität *und* Krise.

Die grüne Residenzstadt am Fluss

Arbeitsplatzzuweisungen oder berufsbedingte „Delegierungen“ in Bedarfsregionen gehörten zum Alltag der DDR-Arbeitswelt. Viele Berufstätige fürchteten eine solche Versetzung, da sie oftmals mit einer rapiden gefühlten oder tatsächlichen Verschlechterung der persönlichen Lebensbedingungen verbunden war. Im Falle Potsdams traf dies jedoch häufig nicht zu. Gemessen an der problematischen Situation in ländlichen Gebieten oder anderen städtischen Ballungsräumen der DDR galt die Havelmetropole als eine vergleichsweise attraktive, grüne Oase mit gehobener Lebensqualität – ein Image, das auch den Umbruch 1989/90 überdauerte, wie die Wahl Potsdams zur ostdeutschen Stadt mit der höchsten Lebensqualität durch eine Expertenjury im Jahr 1991 zeigte.² Die weiten landwirtschaftlichen Nutzflächen, großen Waldgebiete und die ausgeprägte Seen- und Flusslandschaft (25 Kilometer Havelufer im Stadtgebiet) im Umland verschafften Potsdam und Umgebung den Ruf, eine der saubersten Städte der DDR zu sein. Lediglich 21 Pro-



Potsdam im Winter: das Wasserwerk von Sanssouci, Schloss Cecilienhof, die Russische Kolonie Alexandrowka sowie die Nikolaikirche, Postkarte 1987.

zent der Stadtfläche waren Bauland, der Rest Wasser- und Freifläche.³ Hinzu kam eine ganze Reihe von innerstädtischen historischen Parkanlagen, Grünflächen und Kleingärten: Park Sanssouci (290 Hektar), Park Babelsberg (ursprünglich 130 Hektar, durch Grenzanlagen aber deutlich kleiner), Neuer Garten (74 Hektar), Kleingartenanlagen (3800 Parzellen mit 250 Hektar) sowie diverse Grünflächen zur Freizeitnutzung (150 Hektar).⁴ Zwar stand Potsdam im Schatten Ost-Berlins, was die Versorgung der Menschen mit Kultur- und Bildungsangeboten, aber auch Lebensmitteln und Konsumgütern anbetraf, doch innerhalb des Bezirkes übertraf sie darin alle anderen Städte bei Weitem. Dies kam in den 21 Bibliothekseinrichtungen, den sieben hauptamtlich geleiteten Kultur- und Klubhäusern, fünf Kinos oder rund 190 Sportstätten ebenso zum Ausdruck wie in den knapp 470 staatlichen Verkaufsstellen und 120 Gaststätten, über die Potsdam am Ende der 1980er Jahre verfügte.⁵ Das Vorzeigeobjekt in dieser Hinsicht bildete die 760 Meter lange, verkehrsberuhigte Klement-Gottwald-Straße (heute: Brandenburger Straße) in der Innenstadt mit dem Kaufhaus „konsument“ und ihren 65 Läden und 14 Gaststätten. Die Straße, die im Volksmund bald „Broadway“ genannt wurde, sowie 93, im Bereich der zweiten Stadterweiterung gelegene Häuser waren erst 1979 in einer aufwendigen Sanierung zum 30. Jahrestag der DDR fertig rekonstruiert und modernisiert worden. Insgesamt waren Läden bzw. Ladenverkaufsflächen allerdings ungleich verteilt: Während sich etwa 50 Prozent aller Ladengeschäfte in der Innenstadt konzentrierten, galten bis auf Babelsberg alle anderen Wohngebiete als

unterversorgt.⁶ Doch dieser Zustand gehörte zum landesweiten Alltag und wurde keinesfalls als Potsdam-spezifisch wahrgenommen. Insofern überwogen die Anziehungskräfte, und die meisten, die in die Stadt kamen oder bereits ansässig waren, wollten bleiben.

Diese Wertschätzung wirkte sich auf die Binnenmigration aus: Um 23 200 Personen stieg die Einwohnerzahl von 1967 bis 1989 auf schließlich 141 430 (davon rund 9 000 Neu-Potsdamer seit 1980). Allein für die Ära Honecker bedeutete dies ein Wachstum von 27 Prozent.⁷ Der Zustrom speiste sich zur Hälfte aus den Bezirken Neubrandenburg, Halle, Magdeburg und Leipzig sowie aus dem eigenen Bezirk, allen voran aus den Kreisen Potsdam-Land, Brandenburg-Stadt und Nauen. Damit war Potsdam eines der urbanen Auffangbecken für die immer größer werdende Land- und Kleinstadtfluchtbewegung im Bezirk.⁸ Beflügelt wurde das Einwohnerwachstum durch einen seit 1976 anhaltenden Geburtenüberschuss, der Mitte der 1980er Jahre über vier Prozent je 1 000 Einwohner betrug.⁹ Das machte Potsdam mit seiner auffallend jungen Bevölkerung – 1989 lag das Durchschnittsalter bei 38 Jahren¹⁰ – zu einer der wenigen kinderreichen Städte der DDR, wo sonst die Geburtenzahlen eher stagnierten.

Anzahl der Kinder (unter 17 Jahren) in den Potsdamer Familienhaushalten 1989¹¹

Familienhaushalte insgesamt	40 360
ohne Kind	20 202
mit einem Kind	10 709
mit zwei Kindern	8 008
mit drei Kindern	1 206
mit vier und mehr Kindern	235

Als ehemals königlich-preußische Residenzstadt und Kulturlandschaft entwickelte Potsdam seine besonderen Reize nicht nur für die Einwohner, sondern auch für Touristen. 200 000 auswärtige DDR-Bürger verbrachten in den 1980er Jahren in den zahlreichen Ferienorten im Landkreis Potsdam jährlich ihren Urlaub oder ihre freien Wochenenden. Für sie gehörte ein Ausflug in die Bezirksstadt zum Standardprogramm. Hinzu kamen rund zwei Millionen in- und ausländische Besucher, die Potsdam in der Regel als Tagestouristen besichtigten.¹² Kernpunkt der touristischen Selbstdarstellung war die Präsentation als Ort der preußischen Schlösser und Gärten, des Potsdamer Abkommens sowie als Filmstadt; das Schloss Sanssouci bildete mit 415 000 Besuchern den Besuchermagnet Nummer eins.¹³ Weil sich unter den Touristen pro Jahr auch geschätzte 20 000 bis 30 000 Besucher aus dem westlichen Ausland befanden, von denen wiederum etwa zwei Drittel Bundesdeutsche bzw. West-Berliner waren,¹⁴ beobachtete das MfS mit besonderem Nachdruck das touristische Treiben.¹⁵ Im Visier standen dabei die Aktivitäten der sechs West-Berliner

Reiseunternehmen, die nach dem Abschluss eines Generalvertrages zwischen dem Reisebüro der DDR und dem Deutschen Reisebüro in West-Berlin Kurzausflüge nach Potsdam anboten. Trotz der aufwendigen Formalitäten und vergleichsweise teuren Serviceleistungen versprachen die Stadtrips ein lukratives Geschäft, denn das Interesse war immens: So beantragten die Reiseanbieter allein 1986/87 das jeweils Fünf- bis Zehnfache an Tagesfahrten, als letztlich genehmigt wurden.¹⁶

Der erheblichen Nachfrage aus dem In- und Ausland standen jedoch fehlende Übernachtungskapazitäten gegenüber. Bis 1989 existierten nur drei Hotels in Potsdam, die vor allem auswärtigen Reisegruppen und ausländischen Besuchern zur Verfügung standen. Als Privatperson war es dagegen extrem schwierig, in Potsdam eine Unterkunft auf Hotelniveau zu bekommen. In der Folge mussten inländische Feriengäste auf andere, in der Regel einfachere Unterkünfte wie Zeltplätze, Betriebsferienheime oder -bungalows in und um Potsdam ausweichen. Diese Verlagerung beschleunigte die massive Zersiedlung durch private und betriebliche Ferienbungalows im umliegenden, sogenannten Naherholungsraum. Allein rund um den Schwielowsee, hier vor allem in den Ortschaften Ferch, Caputh und Petzow, befanden sich Hunderte Häuschen mehr oder weniger verstreut in Orts- und Waldrandgebieten oder inmitten von Grundstücken, deren Vermieter den Bau gestattet hatten.¹⁷ Die einhergehende mangelhafte Abwasser- und Müllentsorgung wurde zur Umweltbelastung und führte wie in Ferch zur Bildung von Initiativgruppen, die die Auswüchse dieses unkontrollierten Treibens publik machen wollten. Das Fehlen schlüssiger Konzepte lag nicht zuletzt darin begründet, dass der Tourismus kommunalpolitisch nicht als einträglicher Wirtschaftsfaktor, sondern vor allem als Belastung für die ohnehin limitierte Versorgungs- und Verkehrsinfrastruktur der einheimischen Bevölkerung wahrgenommen wurde.

Defizitwirtschaft und Mangelversorgung

Potsdam war Bezirksstadt eines sogenannten Industrie-Agrar-Bezirks, ohne selbst ein exponierter Industriestandort zu sein.¹⁸ Die meisten Betriebe der strukturgebenden Industriebereiche in der Region wie Fahrzeugbau, Metallurgie, Lebensmittelindustrie und Elektrotechnik/Elektronik/Gerätebau, die allein über drei Viertel der industriellen Bruttoproduktion des Bezirkes auf sich vereinten, lagen außerhalb. Die bedeutendste Industriestadt im Bezirk war Brandenburg an der Havel mit dem dortigen Stahl- und Walzwerk sowie dem angeschlossenen Walzwerk in Kirchmöser. Dagegen hing Potsdam an einem Industriegürtel, der sich aus den Betriebsballungen im Raum Wildau, Potsdam-Stahnsdorf-Teltow und Hennigsdorf-Velten-Oranienburg um West-Berlin herum ergab und auf die Zeit vor 1945 zurückging. In Potsdams „Rückraum“ wiederum befand sich das zweite große industrielle Ballungsgebiet des Bezirkes, bestehend aus dem Raum Brandenburg-Premnitz-Rathenow im Westen, dem Automobilstandort Ludwigfelde und der Industrieinsel Luckenwalde-Jüterbog im Süden sowie dem Standort Neurup-

pin im Norden.¹⁹ Die landwirtschaftliche Prägung der Region war für Potsdamer am unmittelbarsten durch das Havelländische Obstanbaugebiet zu spüren, das im umliegenden Raum Glindow-Werder/Havel mit 5 500 Hektar die größte in sich geschlossene Anbaufläche der DDR darstellte.²⁰

Diese Situation prägte entscheidend die arbeitsweltliche Dimension in der Stadt-Region-Beziehung. Mit dem Ausbau von Teltow-Stahnsdorf zu einem Standort der Elektroindustrie bildeten sich ab Mitte der 1960er Jahre neue, immer umfangreicher werdende Arbeitspendelbeziehungen. Ein Großteil der neu errichteten Wohnungen im Neubaugebiet „Am Stern“ wurde beispielsweise den Arbeitern und Angestellten aus dem Teltower Industriegebiet zur Verfügung gestellt, allein zwischen 1976 und 1980 waren das über 1 000 Wohnungen.²¹ Die 1980 eröffnete Nuthe-Schnellstraße als wichtigste Verkehrsader verband unter Umgehung der bewohnten Stadtviertel die Potsdamer Stadthälfte mit Babelsberg und den Wohngebieten am Stern und Drewitz sowie dem Gebiet Teltow-Stahnsdorf. Darüber hinaus wurde 1981 endlich die Humboldt-Brücke als zweiter großer Havelübergang fertiggestellt und beidseitig befahrbar. Das Verkehrsgebiet „Raum Potsdam“ umfasste neben der Bezirksstadt ein Einzugsgebiet von insgesamt 29 Städten und Gemeinden mit rund 70 000 Einwohnern, die, so das verkehrsplannerische Kriterium, mit öffentlichen Verkehrsmitteln innerhalb von 30 Minuten zu erreichen sein sollten und aus denen rund 85 Prozent aller Pendler kamen. Die nahen Städte Teltow, Werder/Havel und Beelitz bildeten zusammen mit den 12 000 und 6 000 Einwohnern starken Gemeinden Kleinmachnow und Stahnsdorf ein sozio-industrielles Ballungsgebiet, in dem der Potsdamer Stadtkreis und Teile des Landkreises miteinander verschmolzen. Die unmittelbare Stadt-Umland-Region Potsdam zwischen Werder/Havel und Groß Kreutz im Osten und Teltow im Westen zählte damit rund 200 000 Bewohner.²² Infolge dieser Konzentration strömten im Jahr 1987 täglich rund 15 000 Pendler durch das Drehkreuz Potsdam.²³ Diese Durchgangsmobilität erklärt auch die spätere Wirkung Potsdams als Katalysator für den revolutionären Aufbruch im Umland. Die hier gemachten Protesterfahrungen verblieben nicht im Stadtraum, sondern wurden auch durch eben jene Pendler in die Region transferiert.

In Potsdam selbst, das mit einem Anteil von 11,7 Prozent bezirkswweit hinter den Kreisen Oranienburg (20,3 Prozent) und Brandenburg-Stadt (19,3 Prozent) an dritter Stelle der industriellen Bruttoproduktion lag,²⁴ dominierten vor allem die sogenannten nichtproduzierenden Bereiche.²⁵ Von den ca. 75 000 Berufstätigen Potsdams im Jahr 1989 waren hier rund 23 400 Personen beschäftigt, gefolgt von der Bauwirtschaft mit rund 11 600, der Industrie mit 10 800, dem Handel mit 9 800 sowie dem Bereich Verkehr, Post und Fernmeldewesen mit 8 100 Berufstätigen.²⁶ Das größte Industriegebiet der Stadt befand sich in Babelsberg, umgrenzt von der Bahnlinie Drewitz-Wannsee, der Nuthe-Schnellstraße und dem Horstweg. Hier war, beidseitig der Ernst-Thälmann-Straße (heute Großbeerenstraße), der Sitz der DEFA-Filmstudios, des VEB Maschinenbau Karl-Marx Babelsberg sowie

des Potsdamer Betriebsteils des VEB Medizinische Geräte Berlin und weiterer Betriebe.²⁷ Dieses Industriegebiet ging aus einem traditionell gewachsenen Standort hervor, ähnlich dem an der Leipziger Straße (Schlachthof) oder dem am heutigen Hauptbahnhof (Reichsbahnausbesserungswerk RAW) und der Verlagsdruckerei der „Märkischen Volksstimme“. Größter Betrieb und bedeutendster Arbeitgeber war die DEFA mit rund 2 400 Angestellten, gefolgt vom Karl-Marx-Werk mit 2 300. Während die Filmstudios einen kulturellen Leuchtturm darstellten, war das Karl-Marx-Werk, das seit 1983 zum Ludwigsfelder Kombinat Industrieverband Fahrzeugwerke IFA gehörte und nach Phasen des Lokomotivenbaus nun vor allem Autodrehkräne und Spezialfahrzeuge sowie Maschinenbauprodukte herstellte, im Hinblick auf seine tendenziell rückläufigen Produktionswerte nur Mittelmaß. Es teilte das Schicksal etlicher Potsdamer Betriebe, die nicht über den Rang von Zulieferbetrieben hinauskamen.

Diese Entwicklung war keine Ausnahme, sondern eingebettet in die grundlegende ökonomische Strukturkrise, in der Bezirk und Land steckten. Die zentralistische Kommandowirtschaft, die fehlende Rentabilität und Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe, eine unrealistische Preis- und Subventionspolitik sowie die drückende Last von am Ende rund 130 Milliarden Mark verdeckter Inlandsverschuldung sowie 20 Milliarden DM Nettoverschuldung gegenüber dem westlichen Ausland hatten die DDR-Wirtschaft in eine ruinöse Sackgasse geführt.²⁸ Viele Wirtschaftszweige lebten nicht von Investitionen und Innovationen, sondern nur noch von ihrer Substanz. Auch wenn nur eine kleine Schicht von SED-Funktionären und Wirtschaftseliten die wahren Ausmaße der Krise kannte, waren ihre Folgen überall und nahezu für jedermann spürbar. Mangelversorgung und Defizitwirtschaft gehörten zum Alltag. Die Mehrheit der Bevölkerung hatte sich daran zwar längst gewöhnt, akzeptiert hatte sie diese Tatsache jedoch nie. Das Bemühen, den Mangel zu verwalten oder ihm gar zu entkommen, geriet daher auch in den 1980er Jahren zum steten Quell latenter oder offener Unzufriedenheit. Im Dezember 1985 notierte die SED-Kreisleitung Potsdam, dass sich im Vorfeld des Weihnachtsfestes die Importe von Kleidung für Erwachsene und Kinder zwar entlastend auf die Angebotsituation im Handel ausgewirkt hätten, durch den Käuferandrang jedoch keine Bestandsbildung „über einen Tag hinaus“ möglich sei: „Am 22. November wurden im Kinderkaufhaus ‚Bummi‘ innerhalb von 30 Minuten 770 Kordhosen verkauft. Von der Bevölkerung wird das Abkaufverhalten einzelner Käufergruppen kritisiert. Diese Kunden kaufen nicht zielgerichtet, sondern unabhängig von der Größe und in hohen Stückzahlen.“²⁹ Dieses Kaufverhalten war aber durchaus normal. Die chronische Unterversorgung mit bestimmten Warenartikeln führte in Verbindung mit unberechenbaren Lieferzeiten zu Hamster- oder spekulativen Käufen. Außerdem erledigten große Teile der arbeitenden Bevölkerung ihre Einkäufe während der Arbeitszeit. Berechnungen gehen hierbei von durchschnittlich bis zu sechs Stunden wöchentlicher Fehlzeit je Arbeiter aus.³⁰ Die Folgen waren nicht nur Produktionsausfall, sondern auch außerplanmäßige Schließzeiten von

Geschäften und Serviceeinrichtungen wegen vermeintlicher „Inventur“ oder „Warenannahme“ – mit entsprechenden Folgeeffekten für deren Kundschaft. Doch Frust herrschte nicht nur unter der Käuferschaft, sondern auch bei den Angestellten der Geschäfte, die sich neben unberechenbarem Warenzufluss vor allem über die blühende Schwarzmarkt-Konkurrenz vor ihren Eingangstüren erregten. Fliegende Händler verkauften Kleidung im westlichen Style bereits auf der zentralen Einkaufsstraße, inmitten der Innenstadt. „Wir leisten täglich unsere Arbeit und können nicht verstehen, dass so viele junge Leute dort in der Arbeitszeit stehen und sich durch Spekulationen mit Waren und Geld Vorteile verschaffen“, entrüstete sich 1988 beispielsweise die stellvertretende Leiterin der Verkaufsabteilung Herrenoberbekleidung im Konsument-Warenhaus.³¹ Der Mangel an Konsumgütern und den sogenannten 1 000 Dingen des täglichen Bedarfs provozierte eine Vielzahl von Beschwerden und Eingaben, sodass auch die SED in ihren monatlichen Stimmungsbildern einen dauerhaften Unmut in der Potsdamer Bevölkerung konstatierte.³² Daran änderte auch der besondere Status als Bezirksstadt nichts, der verglichen mit anderen Städten und Dörfern im Bezirk prinzipiell eine Besserversorgung bedeutete.

Auch in den Betrieben und Institutionen war der Mangel allgegenwärtig. Zu den gravierendsten Problemen gehörten fehlende Ersatzteile für Maschinen und Fahrzeuge sowie deren ausbleibende Reproduktion nach Verschleiß. So berichtete beispielsweise Oberbürgermeister Wilfried Seidel im Herbst 1985 gegenüber dem SED-Kreissekretariat, dass 24 der 31 Fäkalienfahrzeuge des VEB Stadtreinigung Potsdam ihre Laufzeiten bei Weitem überschritten hätten und kaum noch fahrtüchtig seien. Ohne Ersatzteile sei die städtische Entsorgung ernsthaft gefährdet.³³ Die Müllabfuhr kämpfte mit den gleichen Problemen: „Allen betrieblichen Initiativen, wie z.B. Aufarbeitung von Baugruppen, sind durch fehlende Teile (z.B. für Motoren, Kolben, Laufbuchsen, Pleullager für Achsen, Zahnräder usw.) Grenzen gesetzt“, so der verzweifelte Tenor im Sommer 1987.³⁴ Beim VEB Güterkraftverkehr lag im Herbst 1986 die Reparaturquote der Fahrzeugflotte bei 27 Prozent. Davon waren täglich bis zu 110 Fahrzeuge betroffen. 20 Omnibusse konnten aufgrund fehlender Ersatzteile gar nicht mehr eingesetzt werden. Besonders ärgerlich war es für die Betriebe, wenn bereits Neuwagen Reparaturfälle darstellten.³⁵ So mussten in Potsdam im Jahr 1985 fünf Prozent der staatlichen Werkstattkapazitäten für betriebliche Neuwagen eingesetzt werden, was einen Kostenmehraufwand von 1,2 Millionen Mark bedeutete.³⁶ Stockende Materiallieferungen,³⁷ veraltete Technik, extremer Materialverschleiß, überhöhte Zulieferverpflichtungen an die DDR-Hauptstadt, unvorhergesehene Witterungsbedingungen in der umliegenden Landwirtschaft³⁸ – die Liste der innerbetrieblichen Probleme war lang. Im November 1987 leitete SED-Kreissekretär Gerhard Pannhausen an Günther Jahn die Klagen der Parteisekretäre von Potsdamer Baubetrieben weiter, die „uns auf eine zugespitzte Situation bei der Instandhaltung und Instandsetzung von Baumaschinen und Spezialfahrzeugen aufmerksam (machten). In vielfältigen Sortimenten



Potsdamer Betriebskollektive auf der offiziellen Maidemonstration zum „Internationalen Kampf- und Feiertag der Werktätigen“ am 1.5.1980.

bleiben angeforderte Ersatzteillieferungen aus.“³⁹ Dass diese Beispiele keine Einzelfälle waren, wurde Ende 1989 deutlich, als Ministerpräsident Hans Modrow aus den Bezirken Lageeinschätzungen anforderte. Demnach waren im Bezirk Potsdam rund zwei Drittel aller Maschinen und Ausrüstungen der Industrie verschlissen, die Brauchbarkeitsquote bei den Kreisbaubetrieben des Bezirkes betrug sogar nur noch 25 Prozent.⁴⁰

Hinzu kam Leistungsabfall durch zentralistisches Planungsdiktat. So litt beispielsweise das wirtschaftliche Betriebsergebnis des Potsdamer „Karl-Marx-Werk“ quasi über Jahrzehnte an den beständigen Produktions- und Produktumstellungen, die in Ost-Berlin beschlossen wurden.⁴¹ Insbesondere die multinationalen RGW-Projekte, in die das Werk involviert war, verursachten rote Zahlen. So musste die 1975 begonnene Herstellung des Autodrehkrans ADK 125 in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre wegen Unrentabilität eingestellt werden, da die Transportkosten der einzelnen Bauteile und -module zwischen Ungarn, der ČSSR und Polen höher waren als die Herstellungskosten. Andere Drehkranmodelle, die auf dem DDR-Markt konkurrenzlos waren, wurden über den Außenhandel zu einem Preis verkauft, der unter den Herstellungskosten lag. Dass der nominale Produktionswert von 1985 mit 351,1 Millionen Mark um 19 Prozent höher lag als im Vorjahr und 1986 erneut eine Steigerung auf 372,4 Millionen Mark erreicht werden konnte, lag zum großen Teil an den geleisteten Sonderschichten und Überstunden der Mitarbeiter (1987: 60 000 Überstunden), die jedoch dem Betrieb wiederum

zusätzliche Lohnkosten abverlangten. Als dann die Zahl der Arbeitskräfte und die Bereitschaft zu Überstunden nachließen, fiel sogleich der Wert der Warenproduktion: 1987 – 357,5 Millionen Mark, 1988 – 331,7 und 1989 – 321,7.⁴²

Die permanente Wirtschaftsschwäche kam vor allem beim lokalen Exportgeschehen in das Nichtsozialistische Wirtschaftsgebiet (NSW) zum Vorschein. In den 1980er Jahren bewegte es sich chronisch im Minusbereich. So galt der „Exportplan NSW im Territorium“, der sowohl den Stadt- als auch den Landkreis Potsdam umfasste, im August 1987 nur zu 91,3 Prozent als „realisiert“, im November 1988 nur zu 82,5 Prozent. „Hauptschuldner“ waren neben dem Schaltgerätewerk Werder/Havel und dem VEB Mikroelektronik „Karl Liebknecht“ in Stahnsdorf vor allem die Geräte- und Regler-Werke „Wilhelm Pieck“ in Teltow.⁴³ Sie produzierten Geräte und Automatisierungsanlagen auf mikroelektronischer Basis wie zum Beispiel Messtechnik, Benzinrasenmäher oder elektrische Warmhalteplatten und hatten Kunden in dreizehn nichtsozialistischen Ländern, darunter die Bundesrepublik, Großbritannien und Frankreich.⁴⁴ Rund 4,3 Millionen Valutamark betrug der Rückstand des GRW Teltow im November 1988.⁴⁵ Dagegen wurde der Export ins sozialistische Ausland – immerhin – meist übererfüllt.⁴⁶

Nach außen wurden die Ausmaße der Wirtschaftskrise verheimlicht, sei es durch die zentralistische Führungsstrategie, die statistische Geheimhaltung oder die offizielle Kennzifferschönung. Innerhalb des lokalen Partei- und Staatsapparates jedoch waren die Probleme von Wirtschaft und Versorgung bzw. die Erfüllung der wirtschaftlichen Planziele ein Dauerthema. Davon zeugen die monatlichen internen Parteiinformationen der SED-Kreisparteisekretäre an den Potsdamer Bezirkssekretär, in denen detaillierte Wirtschaftskennziffern und Auskünfte zur ökonomischen Lage zwei Drittel und mehr des Berichts ausfüllen.⁴⁷ In den internen Auswertungen wurden die Defizite durchaus offengelegt. Grundsätzliche Kritik wurde jedoch nie zugelassen. Jede Schwierigkeit, jedes Problem galt als lösbar. Das betraf auch die Auswüchse von Inkompetenz, niedriger Arbeitsmoral, Kundenunfreundlichkeit, Alkoholismus, Schiebergeschäften, Schlampigkeit oder Faulheit, die aufseiten der „Werk tätigen“ dafür sorgten, dass Planvorgaben unerfüllt blieben oder der Kunde in vielen Potsdamer Geschäften nicht als geschätzter Konsument, sondern als Bittsteller behandelt wurde.⁴⁸ Doch ein wirkungsvolles Rezept dagegen besaß niemand. Und so lieferten trotz wirtschaftlicher Besserstellung der Bezirkestädte die lebenslangen Mangel Erfahrungen für die Mehrheit der Potsdamer Bevölkerung sowie für die späteren Demonstranten vom Herbst 1989 den Beweis für einen fundamentalen Grunddefekt des sozialistischen Wirtschaftssystems. Dabei tröstete es kaum, dass es den Menschen in anderen Ostblock-Ländern noch deutlich schlechter ging. Denn quasi sowjetische Zustände des Niedergangs waren auch hier zu finden, wie beispielsweise im 100 Kilometer entfernt liegenden Kreis Pritzwalk, wo sich in vielen Versorgungseinrichtungen, Industrie- und Landwirtschaftsbetrieben die Krise bereits zum Chaos ausgeweitet hatte.⁴⁹

Baukrise und Altstadtzerfall

Die Schaffung von ausreichend Wohnraum für die gesamte Bevölkerung gehörte zu den Kernaufgaben des neuen Wirtschaftsprogramms von Erich Honecker, das der VIII. Parteitag der SED unter dem Label „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ verabschiedete und mit dem das „Neue Ökonomische System der Planung und Leitung“ von Vorgänger Walter Ulbricht endgültig abgelöst wurde. Dieser Beschluss hatte weitreichende Folgen für Potsdam. Zum einen wurde ein überambitioniertes Wohnungsbauprogramm ausgerufen, dessen Realisierung permanent hinter den Planvorgaben zurückging und gleichermaßen Bauwirtschaft und Kommunalpolitik unter Dauerdruck setzte. Zum anderen veränderte sich das innerstädtische Siedlungsgefüge dramatisch. Der Stadtraum südlich der Havel mit den Schwerpunkten Potsdam-Süd (Waldstadt I und II, Am Schlaatz, Teltower und Templiner Vorstadt), Am Stern/Drewitz und Babelsberg wurde zur zentralen Großbauzone bzw. zum weitläufigen Wohngebiet: 21 000 der 26 000 zwischen 1971 und 1985 errichteten Wohneinheiten entstanden hier. Das führte dazu, dass am Ende der DDR zwei Drittel der Potsdamer im Südteil der Stadt zu Hause waren, darunter zahlreiche Zuzügler.⁵⁰ Das sollte nach dem Willen der Stadtplaner auch so bleiben. Um die bis 2005 prognostizierte Einwohnersteigerung auf knapp 152 000 Einwohner zu bewältigen, wurden in den 1980er Jahren die Neubauaktivitäten massiv auf das Stadtviertel „Am Schlaatz“ konzentriert. Hier wurden zwischen 1980 und 1987 rund 5 500 Wohnungen für 15 000 Einwohner fertiggestellt. Zweiter Schwerpunkt war Drewitz, ein Wohnviertel, das der letzte Fünfjahrplan der DDR zu einem zentralen „Extensivstandort“ des Wohnungsbaus deklarierte mit geplanten 4 650 Wohneinheiten bis zum Jahr 1995.⁵¹ Diese Wachstumsentwicklung ging zudem einher mit Planungen, die vorsahen, die Arbeitsplatzkapazitäten in den südlichen Industriegebieten Potsdam, Babelsberg und Drewitz von rund 13 000 im Jahr 1988 auf 17 500 Arbeitsplätze „in naher Zukunft“ zu steigern.⁵²

Doch dem numerischen Anwachsen von „Wohneinheiten“ stand ein steigendes Maß an Wohnunzufriedenheit gegenüber. Diese rührte nicht pauschal aus der Wohnsituation in den Neubauquartieren her. Hier herrschte zumindest in der ersten Zeit nach der Fertigstellung eher Wohnzufriedenheit vor. Das stellte eine soziologische Studie der Karl-Marx-Universität Leipzig fest, in deren Verlauf 1979, 1981 und 1983 entsprechende Befragungen im Wohnviertel „Am Stern“ durchgeführt wurden.⁵³ Gerade der angebotene „Vollkomfort“ der Wohnungen durch Fernheizung und zentrale Warmwasserversorgung, aber auch die vorhandenen Kinderspielplätze und verkehrsberuhigten Zonen bewertete die Mehrheit der Bewohner – ganz im DDR-Trend – als deutliche Steigerung ihrer Lebensqualität.⁵⁴ Zudem hielten außergewöhnliche gestalterische Pläne wie die Umleitung der Nuthe und folgende Verwandlung des „Schlaatz“ in eine Lagunenstadt à la Venedig viele der neu Eingezogenen bei Laune.⁵⁵ Doch je länger die Menschen in ihrer „Platte“ lebten, desto ungeduldiger und kritischer beur-



Panoramabild von der Wilhelm-Külz-Straße (heute: Breite Straße) und der Neustädter Havelbucht mit Markthalle (l.), Moschee (m.) und Café „Seerose“ (r.), 1983.

teilten sie ihr farbloses, unfertiges Umfeld. Nicht selten brauchte es Jahre, bis nach Übergabe der Wohneinheiten auch die umliegenden Gehwege, Grünflächen oder Versorgungseinrichtungen angelegt wurden.⁵⁶ Kiesberge, schlammige Trampelpfade und öde Erdflächen prägten daher auch in den 1980er Jahren noch allerorts die Zwischenräume der Häuserblocks. Diesen permanenten Baustellenzustand konnten auch die bestellten „bildkünstlerischen Gestaltungskonzepte“ für die Häuserfassaden kaum abmildern.⁵⁷ In den Augen derjenigen, die nicht in Neubauvierteln lebten, bestätigte dies wiederum das grundsätzliche Negativimage der „Betonhilos“.⁵⁸

Steckte bereits das Wohnungsbauprogramm voller Schwierigkeiten, eskalieren die Probleme erst recht, wenn es um den Erhalt der Altbausubstanz ging. Potsdam stand damit nicht allein, denn viele ostdeutsche Städte und Gemeinden kämpften mit enormem Gebäudeverfall. An unzähligen Stellen der Havelstadt war die Beschädigung so weit vorangeschritten, dass ihre Fassaden einen quasi katastrophischen Anblick boten. So quälte sich die westdeutsche Journalistin Monika Zimmermann im Sommer 1989 beinahe durch das Holländische Viertel und die anliegende Gutenberg- und Hermann-Elflein-Straße in Potsdams Innenstadt: „Fassaden bröckeln, Fensterscheiben sind zerschlagen, Dächer undicht, und Türen hängen aus den Angeln. Am traurigsten aber sieht das Viertel überall dort aus, wo abgerissene Altbauten, die angeblich nicht mehr zu retten waren, bereits reihenweise durch Neubauten ersetzt wurden. (...) es fehlt den Neubauten

an allem, was Atmosphäre ausmacht. Sie sind kahl, kalt und glatt. Daran konnte auch die Keramikerin, die historisierende Plastiken über den Türen anbringen konnte, nichts ändern. Eine barocke Häuserzeile lässt sich nun mal nicht mit industriell vorgefertigten Tonnenteilen nachstellen.⁵⁹ Baufälligkei war nicht nur in den barocken Straßenzügen anzutreffen, sondern bedrohte allorts Potsdams Altbauten. 1981 befanden sich lediglich 26 Prozent der Potsdamer Mehrfamilienhäuser in einem „guten Zustand“, 40 Prozent wiesen dagegen „geringe“, 20 Prozent „schwerwiegende Schäden“ auf. Ein Prozent der Häuser galt sogar als völlig unbrauchbar.⁶⁰ Das erklärt, warum im Vorfeld der Kommunalwahlen 1981 über 60 Prozent der 1 723, beim Rat der Stadt, Rat des Kreises und bei der SED-Kreisleitung eingereichten Eingaben Wohnungs- und Werterhaltungsmängel thematisierten, eine Quote, die bis zum Ende der DDR nahezu konstant blieb.⁶¹ Da die Baukapazitäten bereits für den prioritären Wohnungsneubau nicht ausreichten, war der Mangel an Bauplanern, Fachkräften, Baumaterial und technischem Gerät im Bereich Sanierung besonders eklatant. Der verordnete Abzug regionaler Kapazitäten für nationale Prestigeprojekte, beispielsweise für Baumaßnahmen zur 750-Jahrfeier Ost-Berlins im Jahr 1987, steigerte den Engpass noch einmal dramatisch. Daher wunderte es die damaligen Bauverständigen wenig, dass 1989 gerade einmal 301 Rekonstruktionen in allen 17 Kreisen des Bezirks Potsdam durchgeführt wurden.⁶²

Der SED-Bezirksleitung waren diese Rückstände bestens bekannt und damit auch die Zustände in der Bezirksstadt selbst. 1986 kritisierten die Bezirksfunktionäre, dass die örtlichen Baubetriebe in Potsdam ihre Zielvorgaben zur Instandsetzung und Modernisierung in den zurückliegenden fünf Jahren nur zur Hälfte erreicht hätten. Damit sei seit 1971 erst ein einziger Jahresplan überhaupt erfüllt worden.⁶³ Doch wie problematisch sich die Sanierung gestaltete, zeigen die Vorgänge im halbzerfallenen Holländerviertel in der Potsdamer Innenstadt. Der 1983 von Staatlicher Baukommission und Bau- und Finanzministerium beschlossene Plan sah für den Zeitraum von 1984 bis 1990 immerhin die Rekonstruktion von 540 Wohnungen im Holländischen Viertel vor. Bis 1988 war erst ein Bruchteil davon realisiert. Lediglich 34 Häuser mit insgesamt 74 Wohneinheiten konnten fertiggestellt werden. Für 1989 sah der Plan 17 und 1990 dann noch einmal 15 Häuser vor. Für die Baubetriebe waren die Arbeiten im Viertel allerdings ein ungeliebtes Projekt, das die eigenen Minusbilanzen weiter drückte. Deshalb taten sie alles, um eine Bauverpflichtung zu vermeiden. In den Leitungsgremien verfiel man daraufhin auf einen Trick und erklärte das Vorhaben zum FDJ-Bezirksjugendobjekt. Über diese Schiene konnten mehr als 20 betriebliche Grundorganisationen zur Mitarbeit verpflichtet werden. Aber noch immer fehlten die ausführenden Betriebe, sodass es erneut Wochen und Monate dauerte, bis man „im Ergebnis beharrlicher Beratungen und Verhandlungen“ zusätzlich zum WBK Potsdam und VEB Stadtbau 13 Betriebe aus den umliegenden Kreisen auf Bauleistungen für 15 Häuser festlegen konnte. Dagegen hatten zehn Betriebe, die man für weitere Häuser „anwerben“



Zerfallende Altbausubstanz in der Hermann-Eflein-Straße, nur wenige Meter von der zentralen Einkaufsstraße Potsdams und vom Holländischen Viertel entfernt.

wollte, erfolgreich abgeblockt, wie der Rat des Bezirkes beklagte. Damit würden, so der Rat im Herbst 1988, von den geplanten 34 Häusern des „FDJ-Jugendobjektes“ für elf keine gesicherten und für acht überhaupt keine betrieblichen Bauübernahmen vorliegen.⁶⁴

Aus der Sicht des Rates des Bezirkes war es gleich eine Reihe von Problemen, die für die „nicht ausreichend sichtbare(n) Veränderungen in der unmittelbaren Innenstadt“ verantwortlich waren.⁶⁵ Das ungelöste Heizungsproblem für die Neu- und Umbauten gehörte zu den größten. So fehlten Fernheizungsanschlüsse, da der Rat des Bezirkes den Bau von Inselheizhäusern aufgrund zu hoher Umweltbelastung abgelehnt hatte und die Plattenbauweise des WBK Potsdam keine Ofenheizung vorsah. Weil sich der Abriss verzögerte, fehlte die nötige Baufreiheit für Neubauten. Zugleich wurden die leer geräumten Gebäude zu bleibenden Geisterhäusern. Dass das Vorhaben „innerstädtisches Bauen“ auf den Bereich der zweiten barocken Stadterweiterung mit seinen entsprechenden Auflagen und Planungsgrenzen reduziert war, wurde als „fehlerhaft“ eingeschätzt. Und schließlich galt das Plattenbaumodell des VEB Stadtbau als überdurchschnittlich teuer.⁶⁶

Die historischen Ursachen für die permanente Wohnraumnot lagen aber nicht nur im Versagen der realsozialistischen Bauindustrie, sondern auch in der Vorgeschichte der Misere, nämlich in den Folgewirkungen des Zweiten Weltkriegs und der massiven Kampf- und Bombenschäden. Er bildet die große stadtgestaltende

Zäsür und seine Zerstörungen lasteten als schwere Hypothek bis in die 1980er Jahre hinein auf der Stadt: 1 275 Häuser hatten bis Kriegsende Totalschaden erlitten, rund 23 800 Wohnungen waren beschädigt. 226 der 307 Altstadtgebäude waren völlig zerstört, 15 massiv beschädigt und 66 nur zum Teil bewohnbar. Große Teile der urbanen Infrastruktur waren unbrauchbar.⁶⁷ Noch in den 1960er Jahren prägten Trümmerstellen und kriegsbeschädigte Gebäude das Stadtbild. Insofern war der später monierte Verlust historischer Authentizität des Stadtbildes weniger „der Abrisswut einer ideologisch beeinflussten Stadtverwaltung, sondern zunächst den Zerstörungen des 2. Weltkriegs geschuldet“.⁶⁸

Ab der zweiten Hälfte der 1950er Jahre wurde die Verkehrsplanung das leitende Kriterium der Stadtplanung. In Verbindung mit ideologischen Motiven sorgte sie dafür, dass entgegen vielfältigen Widerspruchs aus der Bevölkerung die Überreste historischer Bauwerke wie des Stadtschlusses, der Garnisonkirche oder der Heilig-Geist-Kirche beseitigt wurden. Mit dem Amtsantritt von Erich Honecker fokussierte das Bauwesen auf den Wohnungsbau, nachdem sich in den 1960er Jahren der Schwerpunkt auf den Industriebau verlagert hatte. Dabei mussten ehrgeizige städtebauliche Planungen, die eine radikale Modernisierung des historischen Innenstadtbereichs vorsahen, allerdings hinter den sozialpolitischen Prämissen des Wohnungsbaus zurücktreten.⁶⁹ Für die 1980er Jahre konstatiert Christiane Droste erneut einen allgemeinen Bauplanungswechsel: So reduzierte sich Ende der 1970er Jahre zunächst der Altbauabriss aus ökonomischen Gründen bzw. anstelle extensiven Neubaus konzentrierte man sich auf Altbausanierungen und Baulückenschließungen. Hinzu kam die Fertigstellung der Zentralen Denkmalliste von 1979, die gerade im Fall Potsdam manche Zerstörung verhinderte. So hatte der städtische Generalbebauungsplan von 1970 noch den Abriss aller vor 1870 errichteten Gebäude bis 1980 bzw. dann aller vor 1918 errichteten Häuser bis zum Jahr 2000 vorgesehen. Die prinzipielle (wenn auch nicht ausnahmslose) Anerkennung dieser Liste kam im Unterschied zu anderen brandenburgischen Städten einem Bekenntnis zum Erhalt der historischen Innenstadt gleich und machte Potsdam besonders.⁷⁰ Die 1987 vom Rat des Bezirkes beschlossenen Leitlinien für den Wohnungsbau für die erste Hälfte der 1990er Jahre, in denen erstmals auch Wohnbedürfnisse jüngerer und älterer Menschen definiert wurden, schrieben dann auch das parallele Vorgehen von Modernisierung und Abriss fest.⁷¹ Opfer der Potsdamer Abrissbirne wurden vor allem Gebäude in der Innenstadt. Zum 30. September 1988 waren offiziell zwölf Anträge auf Wohngebäude-Abriss in der Innenstadt gestellt, von denen acht bestätigt und vier bereits erfolgt waren (Alt Nowawes 76–84, Gutenbergstraße 100–102, Jägerstraße 7–10 sowie die holländischen Häuser an der Französischen Kirche).⁷²

Da, wo die Baulückenschließungen mit immerhin maßstabsgerechten Ersatzneubauten schließlich zu einem Abschluss gekommen waren, fiel das Urteil der Betrachter zwiespältig aus. Während die Mehrheit der Potsdamer und Besucher sie als bauästhetische Fremdkörper innerhalb der ehemals filigranen Barockfassa-

den empfand, wurden sie von SED-Funktionären und einer Reihe von Architekten und Bauplanern als gelungene Rekonstruktion gefeiert, der eine außergewöhnliche technische Herausforderung voranging, wie Christina Emmerich-Focke nüchtern formulierte: „Im Bereich der Zweiten Stadterweiterung führte dieser erzielte Fortschritt (passgerechte Ersatzneubauten, PUW) zu einer modifizierten Plattenbauweise, welche den Beweis des bis dahin nicht Erreichten antrat: Ersatzneubau mit industriellen Baumethoden unter geringer Baustellengrößenanpassung und mit straßenadäquaten Abmessungen.“⁷³

Öffentliche Kritik an Abriss und Rekonstruktion war tabu. Doch wer aufmerksam las, stieß in stadtbezogenen Druckerzeugnissen auf versteckte Ablehnung. So ist im Begleittext des 1986 erschienen Bildbands „Farbiges Potsdam“ hinter einer zunächst salbungsvollen Einkleidung eine unverhohlene Beanstandung der Innenstadtbebauung zu erkennen: „Zu jeder Zeit haben Epigonen großer Baumeister reichlich Mittelmaß und etliche Greuel zwischen die Meisterwerke gestreut, wie das in allen Künsten geht. (...) Man betrachte den berühmten Alten Markt von welcher Seite man will: Mag die riesige Lücke, die das verschwundene Schloß hinterließ, kaum zu füllen sein, der Nikolaikirche täte mehr Luft gut, die ihr ein modernes Gebäude nimmt. Den Parkplatz vor der Kirche könnte ein Machtwort wohl über Nacht beseitigen, nicht aber die Wohnblocks zwischen Schinkels Kirche, Boumans altem Rathaus und dem Knobelsdorff'schen Bürgerhaus.“⁷⁴

Dass sich der problematische Umgang mit dem historisch wertvollen Bauerbe 1989 zu einem Politikum entwickelte, hing nicht zuletzt damit zusammen, dass den Abrissplänen keine identitätsstiftenden Gegenentwürfe mit Neubauvorhaben von architektonischem Rang gegenübergestellt werden konnten. Die Bezirksstadt war zwar seit den 1950er Jahren gleichermaßen umstrittenes Labor wie ernsthaftes Terrain für die sozialistische Baumoderne – ein Umstand, der bis in die Gegenwart heftige Diskussionen über Wert und Unwert der Architekturleistungen aus dieser Periode provoziert.⁷⁵ Doch in den 1980er Jahren war dieser Gestaltungsboom jenseits des Wohnungsbaus vorbei. Die Zahl markanter Gebäude wie der Hauptbahnhof Pirschheide am Stadtausgang nach Brandenburg und der Busbahnhof am zentralen Bassinplatz (1959 bzw. 1975), die Kaufhalle „Basar“ und das Schuhkaufhaus am Platz der Einheit (1966 bzw. 1974) oder das Schwimmbad und das Terrassenrestaurant am Brauhausberg (1971 bzw. 1977) stellten Bauleistungen der zurückliegenden Jahrzehnte dar.⁷⁶ Auch der Bau der Breiten Straße als zentrale Magistrale oder die Errichtung des Wohnviertels „Zentrum Ost“, das mit seinen rund 2500 Wohneinheiten die traditionelle Lücke zwischen den beiden Nord- und Südvierteln Potsdam- Innenstadt und Babelsberg schließen sollte, waren weitgehend fertiggestellt.⁷⁷

Zu den wenigen Ausnahmen gehörte das anlässlich des „Pfungstreffen der Jugend sozialistischer Länder in Potsdam“ 1983 eröffnete, von 104 Betonpfählen gestützte Ufercafé „Seerose“ an der Neustädter Havelbucht nahe der „Moseschee“. Mit seiner blütenartigen Dachkonstruktion, die an der Form des Cafés



Blick auf den aufgerissenen Alten Markt mit der Nikolaikirche, dem Kulturhaus „Hans Marchwitza“ und dem Theaterrohbau im Herbst 1990.

„Los Manantiales“ in der mexikanischen Stadt Xochimilico orientiert ist, wurde seine runde, florale Gestalt sowohl der Wassenumgebung angepasst als auch als Kontrastobjekt zum moscheeförmigen Pumpwerk und zu den würfelartigen Neubaublöcken konzipiert.⁷⁸ Als architektonisches Highlight diente das Café zur gestalterischen Abrundung der Breiten Straße und als Vorzeigeobjekt und Anziehungspunkt für Touristen. Mit ihrem Serviceanspruch gehobener „sozialistischer Gastlichkeit“ stellte es für Personen aus alternativen Kreisen allerdings keinen Treffpunkt dar.⁷⁹ Mit dem 1986 eröffneten Jugend- und Freizeitzentrum „Alpha“ erhielt Potsdam ein weiteres, architektonisch eigenständiges Bauwerk. Es lag im Neubau-Wohnviertel „Am Schlaatz“ in der südlichen Stadtperipherie und bildete den östlichen Abschluss der dortigen Zentrumsbebauung. Die funktionale Mehrdimensionalität des Objektes mit seinem abgeknickt-stumpfwinkligen Grundriss und seinen schrägen Fensterflächen und vorgelagerten Terrassen hob den Bau aus der Reihe der konventionellen Jugendclubs und Kulturhäuser der Stadt heraus und ließ ihn zum Vorzeigeobjekt für moderne sozialistische Jugend- und Freizeitbeschäftigung werden.⁸⁰ Allerdings wurde es inmitten der monotonen Umgebung aus gleichförmigen, zementfarbenen Wohnblöcken und unzureichender Weg- und Grünflächengestaltung eher als ein baulicher Exot wahrgenommen. Zudem hatten die Kulturverantwortlichen Schwierigkeiten, die vorhandene Multifunktionalität und Kapazität, die von Bowlingbahn über Fotoklub bis Diskotheken reichte, tatsächlich personell und kontinuierlich aus-

zulasten. Das angebotene Programm reichte häufig kaum über das anderer Einrichtungen hinaus.

Das einzige Großereignis Ende der 1980er Jahre stellte der Theaterneubau auf dem Alten Markt dar. Seit 1949 residierte das Potsdamer Hans-Otto-Theater (HOT) in einer umgebauten Tanzgaststätte in der Zimmerstraße 9/10 nahe dem Platz der Nationen (heute: Luisenplatz). Die dortigen technischen Möglichkeiten waren gleichermaßen eingeschränkt wie primitiv, der bauliche Zustand marode, die Zuschauerkapazitäten begrenzt: Das Stammhaus fasste 513 Zuschauer, das Kleine Theater 208, die Große Probebühne 70 und das Schloßtheater am Neuen Palais 287.⁸¹ Pläne für einen Umzug existierten zwar bereits seit der zweiten Hälfte der 1960er Jahre, jedoch erst 1984 entschied der DDR-Ministerrat, das Theater bis zur 1000-Jahr-Feier der Stadt im Jahr 1993 bauen zu lassen. Da dies der erste Theaterneubau der DDR war, hatte das Projekt national wie regional Pilotcharakter. Allerdings dauerte es bis September 1988, ehe per Beschluss durch den Rat des Bezirkes die Grundsatzentscheidung für den Theaterneubau bestätigt wurde.⁸² Ziel war eine Erhöhung der Zahl der Theatervorstellungen, der Spielstättenauslastung sowie der Besucherkapazität von jährlich rund 183 000 (1985) auf 237 000 Zuschauer (1994).⁸³ Auch die Belegschaft sollte von 370 auf 441 Mitarbeiter anwachsen.⁸⁴ Potsdam als überregionaler Kulturstandort sollte gestärkt, das HOT zu einer der ersten Theateradressen im Land ausgebaut werden. Städtebaulich sahen die Planer durch den Neubau die angedachte Funktion des Platzgefüges aus Altem Markt und Karl-Liebknecht-Forum als Demonstrations-, Fest- und Marktplatz und damit als zentraler Ort Potsdams gefestigt. Die alte Spielstätte sollte nicht abgerissen, sondern teilsaniert und für Theaterwerkstätten, Fundus, Büros und Proberäume genutzt werden.⁸⁵

Der Grundstein für den Rohbau, für den zahlreiche Standortvarianten und Baupläne diskutiert worden waren, wurde am 1. September 1989 gelegt. Doch die Akzeptanz in der Bevölkerung fehlte von Anfang an. Massive Kritik und Vorurteile stauten sich angesichts der allgemeinen Distanz zur Plattenbau-Architektur und zu den Bauten der DDR-Moderne. Das geplante, knapp 78 Millionen Mark teure Gebäude wurde neben den Abrissmaßnahmen in der Innenstadt schnell zu einem weiteren Symbol für eine gleichermaßen anmaßende wie verfehlte Stadtarchitektur und Baupolitik, die den historischen Stadtraum permanent zu vergewaltigen schien. Die Wahrnehmung wurde dadurch beeinflusst, dass der Rohbau mit seinem 30 Meter hohen Bühnenturm in der weiträumigen Baustelle wie ein beständig wachsendes Zementmonster in den Stadthimmel wuchs und aufgrund geringer Marketingarbeit kaum ein Stadtbewohner eine Vorstellung von dem zu erwartenden Endprodukt hatte. Im Moment des Diktaturzerfalls im Herbst 1989 brannte sich der Gebäudetorso umso stärker in die Optik der revoltierenden Einwohnerschaft ein, deren Protestzüge immer wieder daran vorbeiführten. Und so wunderte es bis auf frustrierte Theaterschaffende, die das Vorhaben aufgrund verbesserter Arbeits- und Spielbedingungen nahezu einstimmig unterstützt hatten,⁸⁶ nur wenige

Potsdamer, dass zu den ersten Beschlüssen der neu gewählten Stadtversammlung der zügige Rohbau-Abriss gehörte, der dann auch 1991 vollzogen wurde. Mit der Einplanung und anschließenden Freilegung des historischen Platz-Grundrisses, so die Vorstellung der neuen politischen Kräfte, sollte die Option für den Aufbau des Stadtschlusses bewahrt bleiben.⁸⁷ Mit der Einweihung des wiedererrichteten Stadtschlusses im Januar 2014 erfüllte sich schließlich dieser Wunsch. Dass hinter den preußisch-königlichen Fassaden nun allerdings ausgerechnet die gewählten Volksvertreter und Abgeordneten des Brandenburger Landtages ihrer Arbeit nachgehen, hätte 25 Jahre zuvor wohl kaum jemand prognostiziert.

PUW

Die Macht in der Stadt

Eliten, Institutionen, Topografie

Um ihre Herrschaft im Territorium zu verwalten und zu sichern, baute die SED die administrative Relais-Funktion der Bezirksstädte seit den 1950er Jahren kontinuierlich aus. In der Folge ballten sich in Städten wie Potsdam zunehmend staatliche, parteigebundene und massenorganisatorische Verwaltungsbehörden und Leitungsapparate sowie Sicherheits- und Medienorgane, deren Zuständigkeit die Stadt, den kombinierten Stadt- und Landkreis sowie den Bezirk umfasste.¹ Potsdams Rolle als exponierter Kultur-, Wissenschafts-, Bildungs- und Militärstandort brachte es aber mit sich, dass die Zahl der Institutionen noch einmal deutlich höher war als beispielsweise in Cottbus oder Frankfurt/Oder – und mit ihr auch die Anzahl systemtragender Eliten und Bevölkerungskreise. Dieses Institutionengewebe prägte topografisch die Machtverhältnisse und trug zur eingangs behaupteten politischen Fragmentierung der Stadt bei. Je stärker der institutionelle Anteil wurde, desto mehr wuchs die „rote Hälfte“ Potsdams – mit wäblerspezifischen Spätfolgen für die Zeit nach 1989. Dabei überraschen Menge und Geflecht der institutionellen Herrschaftssicherung, die teils sichtbar, teils unsichtbar die urbane Fläche Potsdams durchdrang und nur von Wenigen überschaut wurde. Nicht nur einzelne Gebäude, sondern ganze Stadtlandschaften wurden dafür besetzt, überformt oder neugestaltet – ein Vorgang, der zwar vor allem in der Ulbricht-Ära radikal vorangetrieben wurde, doch auch in den 1980er Jahren noch nicht als abgeschlossen galt. Potsdam war aber nicht nur ein Knotenpunkt für Partei-, Staats- und Funktionse-liten, sondern auch eine lokale Bühne für die parteigelenkte Öffentlichkeit. Dieser repräsentativ-propagandistische Aspekt fand medial, städtebaulich oder auch in der offiziellen Demonstrations- und Festkultur seinen Ausdruck und trat den Potsdamern vielfach penetrant und alltäglich vor Augen.

Das „rote“ Potsdam und seine weißen Flecken

Potsdam hatte vielerorts den Ruf einer „roten“ Bezirksstadt. Diesen verdankte es in erster Linie den überdurchschnittlich vielen Einrichtungen und Arealen des Partei-, Staats- und Sicherheitsapparates sowie der SED-Elitenausbildung, in denen eigene Handlungslogiken und korporierte Sinnwelten herrschten und die von Außenstehenden respektvoll als Exekutive der Macht wahrgenommen wurden. Sie waren punktuell oder in Zonen über das ganze Stadtgebiet verteilt und durchbrachen regelmäßig den zivilen Wohn- und Lebensbereich, sodass Potsdams Landkarte in dieser Beziehung einem Fleckenteppich glich. Ein Großteil der dort

beschäftigten Eliten wohnte in der Stadt. Damit verlängerten sich Reichweite und Wirkungsanspruch dieser Herrschaftsbasen nach Feierabend in sämtliche Wohnviertel hinein.

Neben zahlreichen Plätzen sichtbarer Herrschaftspräsenz und öffentlicher Selbstdarstellung kamen ebenso viele Orte hinzu, die für die Außenwelt hermetisch verriegelt waren. Das betraf in erster Linie die Objekte, die unter der Obhut und Kontrolle der Sicherheitskräfte standen, aber eben nicht nur diese. Der aufmerksame Spaziergänger, der seinen Weg abseits der touristischen Trampelpfade suchte, stieß allorts auf blickdichte Wände oder blockierte Eingänge. Das galt für die Bezirksparteischule ebenso wie für das Gelände der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft oder die Anlagen des Armeesportklubs und der Kinder- und Jugendsportschule.² In nahezu jeder kommunalen Dienststelle, jedem Betrieb oder jeder Ausbildungsstätte sorgten argwöhnische Pförtner dafür, dass „Unbefugte“ nicht ohne Anmeldung und Begleitung ins Innere gelangten. Das machte es für Außenstehende schwer, das tatsächliche Macht- wie auch Gewaltpotenzial des Regimes und seine Infrastruktur abzuschätzen.³ Informationen und Auskünfte zu den maßgeblichen Institutionen und Objekten von Partei, Staat, Militär und Eliteschulen unterlagen in den meisten Fällen der Geheimhaltung. Statistische Angaben verblieben, wie in anderen Bereichen auch, im ausgewählten Kreis von Funktionsträgern und Experten – der Wegfall des jährlichen Statistischen Jahrbuchs des Bezirkes Potsdam zwischen 1980 und 1988 illustriert die Informationsblockade. Selbst hochrangigen Offizieren war es angesichts der kommunikativen Einheitsaktik ostdeutscher Militärorgane, nach der jeder nur so viel zu wissen hatte, wie er für die Erfüllung seines Auftrages benötigte,⁴ in der Regel nicht erlaubt, größere Einsicht in die Gegebenheiten anderer Objekte außerhalb ihrer Dienststellen zu bekommen. Auch ihre Standort-Kennntnis blieb daher nur eine fragmentarische, und sie blieben diesbezüglich Ortsfremde. Diese jahrzehntelange Praxis der Abschottung, Geheimhaltung und Informationszensur prägte die Wahrnehmung von Besuchern und Bewohnern, die mit der kartografischen Unschärfe und Unvollständigkeit ihrer Umgebung umzugehen hatten. Potsdam erschien demnach als eine Stadt voller weißer Flecken. Im Herbst 1989 offenbarte dies allerdings auch eine positive Seite, denn diese „Wissenslücken“ begrenzten bei manchem Demonstranten den Faktor Angst. Das tatsächliche Ausmaß der militärischen Präsenz vor Ort war verborgen geblieben und dadurch die abschreckende Wirkung geringer.

Die Bezirksstadt als Herrschaftsbühne

Jedes Herrschaftssystem drückt dem Stadtraum seinen Stempel auf, indem es auf Gebäude und öffentliche Plätze zugreift. Potsdam macht da keine Ausnahme. Hier geriet der Sitz der regionalen SED-Führung zu einem besonders augenfälligen Sinnbild für die übermächtige Parteierrschaft. Geradezu festungsartig thronte seit 1949/1952 die Landes- bzw. Bezirksleitung zusammen mit der Potsdamer



Postkarte von 1983 mit der Gaststätte „Minsk“ (l.), der Schwimmhalle (r.) am Fuße des Brauhausberges und im Hintergrund dem Gebäude der SED-Bezirksleitung.

Kreisleitung auf dem Brauhausberg und damit über den Dächern der Stadt.⁵ Dass es sich bei dem braunen Backsteingebäudekomplex – im Volksmund „Kreml“ genannt – ausgerechnet um die ehemalige Königlich-Preußische Kriegsschule handelte, war für jeden Ortskundigen ein pikantes Detail. Weithin sichtbar prangte das überdimensionale Parteilogo am 50 Meter hohen Turm des Hauses.⁶ Nur wenige Luftmeter entfernt, in der Heinrich-Mann-Allee 107, hatte seit 1952 der Rat des Bezirkes seinen Sitz. Auch sein Gebäudekomplex hatte als ehemalige Nationalpolitische Führerschule (Napola) für NS-Leitungspersonal eine prominente Vorgeschichte, die DDR-Stadtführer in der Regel gern ausließen. Befand sich die Schaltzentrale für den Bezirk also am Rand der südlichen Innenstadt, lagen mit dem im heutigen Stadthaus in der Friedrich-Ebert-Straße 79–81 untergebrachten Rat der Stadt und Rat des Kreises die kommunalen Regierungs- und Verwaltungsorgane im nördlichen Innenstadtbereich. Über 470 Zimmer fasste das Haus, das Anfang des 20. Jahrhunderts nach Plänen Kaiser Wilhelms II. als Verwaltungs- und Regierungsgebäude errichtet wurde.

Obwohl sich gerade im Fall Potsdams der Partei- und Staatsapparat zur sozialistischen Baumoderne bzw. zur Plattenbauweise bekannte, hatte er sich in seinen Gliederungen und Vertretungen bis zu seinem Ende vielfach in Villen und Bauwerken aus der Zeit vor 1945 niedergelassen. Das betraf auch die Blockparteien. So saß beispielsweise der Bezirksvorstand der NDPD in einem historischen Altbau in der Johannes-Dieckmann-Allee 12 (heute: Alleestraße), ebenso das Bezirks-

sekretariat der CDU in einer Villa in der Mangerstraße 39 am Heiligensee; nur wenige Meter davon entfernt residierte in Uferlage der Kulturbund in der Villa Kellermann, die nach 1945 Sitz des „Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands“ wurde und ihren Namen nach dem Schriftsteller und Kulturbundgründer Bernhard Kellermann erhielt. Der Bezirksvorstand der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft (DSF) befand sich neben dem Nauener Tor in der damaligen Straße der Jugend (heute Kurfürstenstraße) in einem mehrstöckigen Haus, das bis 1935 der Freimaurerloge „Teutonia zur Weisheit“ gehört hatte. Hinter der Gebäudewahl standen natürlich zunächst infrastrukturelle Notwendigkeiten aus der Nachkriegszeit. Damals fiel die Wahl auf groß dimensionierte, wenig oder unzerstörte Gebäude aus der städtischen Villenlandschaft. Nach Jahren der Nutzung allerdings wurden die barocken oder großbürgerlichen Häuserfassaden in der Außenwahrnehmung zu einem Abbild eines selbtherrlichen Herrschaftsanspruchs. Von Plätzen der Vergangenheit aus wurde vorgeblich die Gesellschaft der Zukunft regiert. Eine architektonische Ausnahme bildete die Bezirksverwaltung für Staatssicherheit, für die in den 1980er Jahren in der Hegelallee ein gewaltiger Plattenbaukomplex errichtet wurde.

Um sich in der preußisch geprägten Stadt einen eigenen historischen Traditionsbestand und Identität stiftenden Rahmen zu schaffen, griff die SED auf einen der bekanntesten Kommunisten und Arbeiterführer Deutschlands zurück: Karl Liebknecht. Dieser hatte im Jahre 1912 bei den Reichstagswahlen ausgerechnet im sogenannten Kaiser-Wahlkreis Potsdam-Spandau-Osthavelland die Mehrheit und damit für die linken Sozialdemokraten einen Sitz im Parlament errungen. Sein Name schmückte eine Reihe von Institutionen in der Stadt, zum Beispiel die Pädagogische Hochschule, das Fußballstadion und die darauf zulaufende Hauptstraße in Babelsberg, aber auch die zentrale Parteischule in Kleinmachnow und den VEB Mikroelektronik Stahnsdorf. Im letzten Jahrzehnt der DDR erreichte die offiziöse Liebknecht-Ehrung einen neuen Höhepunkt mit der Fertigstellung des Forums „Karl-Liebknecht – Herz und Flamme der Revolution“ im Dezember 1983. Der Gedenkkomplex lag zentral am inzwischen abgerissenen Leichtathletikstadion „Ernst Thälmann“ im heutigen Lustgarten und gegenüber vom Marstall. Optischer Blickpunkt der stufenförmigen Anlage bildete ein 5,60 Meter hoher, bronzener Flammen-Baum von Theo Balden nahe des „Interhotels Potsdam“.⁷ Eingegrenzt wurde das Forum durch eine gegenüber liegende Rundmauer von Mosaikwänden, auf der Kurt-Hermann Kühn, Vorsitzender des Potsdamer Künstlerverbandes, in Anlehnung an die Pariser „Mauer der Kommunarden“ Stationen aus Liebknechts Leben sowie Themen der linken Arbeiterbewegung verarbeitet hatte. Diese Passage war bereits im Februar 1981 fertiggestellt worden. Damit stand der sozialistische Vorzeige-Prospekt vor seinem Abschluss und der lokalen Partei- und Staatsführung ein gestalteter Ort zur Repräsentation ihrer Herrschaft zur Verfügung.

Doch auch wenn die Funktionärstribünen für die inszenierten Aufmärsche von nun an hier aufgestellt wurden, hielt sich die offizielle Begeisterung in Grenzen.



Feierliche Einweihung der Monumentalplastik von Theo Balden am 20.12.1983.

Baldens Denkmal gelangte auf keine Postkarte und wurde zu keinem offiziellen Wahrzeichen der Stadt. Dabei hatte das Projekt immerhin eine 24 Jahre dauernde Planungs- und Baugeschichte hinter sich.⁸ Bereits mit den Politbüro-Beschlüssen von 1959 und 1961 wurde im Zuge der sozialistischen Umgestaltung von Stadtzentren ein solches Forum für Potsdam festgelegt. Doch eine Reihe von politischen und ökonomischen Planungsschwierigkeiten hatte das Vorhaben ruhen lassen. Erst 1977 beauftragte der Rat der Stadt den Bildhauer verbindlich mit der Arbeit, der mit seinem antifaschistischen Hintergrund und seinem Renommee bewusst dafür ausgewählt worden war. Allerdings unterschied sich sein abstrakt-organoider Formenentwurf von den Vorstellungen der Auftraggeber, die sich am Marx-Kopf in Karl-Marx-Stadt orientiert hatten und eine stärker realistische und kämpferische Darstellung wünschten. Doch zum Konflikt kam es überraschenderweise nicht. Die Erfüllung des Planes erschien wichtiger als langwierige Gestaltungsdebatten und der Entwurf wurde durchgewinkt. Damit kam zwar kein dissidentisches Kunstwerk zur Aufführung, dazu war die Gestaltung viel zu bekenntnishaft, aber die „abwägende Befragung des Geschichtsverlaufs“ sei auffallend unüblich gewesen, wie Peter Feist zu Recht feststellt.⁹ Beobachter werteten dies als eine weniger dirigistisch orientierte Kulturlinie, die seitens der Stadt gefahren wurde.¹⁰ In der Folge bestand ein latentes doppeltes Identifikationsproblem: Die „Flamme“ wurde in der gewünschten Stärke weder als städtisches Kulturmonument der Potsdamer noch als offizielles Emblem der SED-Geschichtspolitik angenommen.

Seine Aufgabe als Kulissenspender für Masseninszenierungen erfüllte das Liebknecht-Forum aber allemal. Als Bezirksstadt war Potsdam ein prädestinierter

Ort für Festakte, für formelle, repräsentative und kollektiv-kulturelle Öffentlichkeit bzw. für organisierte Massenaufmärsche und Großveranstaltungen mit fünf- und sechsstelligen Teilnehmerzahlen, die die Herrschaft der SED in regionalem, nationalem oder internationalem Zusammenhang repräsentierten.¹¹ Hauptaustragungsort solcher Großmeetings war die Potsdamer Innenstadt mit dem Platz der Einheit, dem Platz der Nationen (heute: Luisenplatz), dem Alten Markt sowie der Wilhelm-Külz-Straße (heute: Breite Straße) als Verbindungsmagistrale. Zu den alljährlich wiederkehrenden städtischen Massenveranstaltungen gehörten der Tag der Arbeit am 1. Mai, der Tag der Befreiung vom Faschismus am 8. Mai, das Pressefest des SED-Bezirksorgans „Märkische Volksstimme“ im Sommer, der Internationale Gedenktag für die Opfer des faschistischen Terrors und Kampftag gegen Faschismus und imperialistischen Krieg am 10. September oder der Tag der Republik am 7. Oktober. Beispiele für herausgehobene Einzelveranstaltungen aus den 1980er Jahren sind die Eröffnung des Armeemanövers „Waffenbrüderschaft“ am 8. September 1980 mit 180 000 Teilnehmern, das „Pfingsttreffen der Jugend sozialistischer Länder in Potsdam“ am 23. Mai 1983 mit 250 000 Teilnehmern, die Kundgebung anlässlich des 40. Jahrestages der Zerstörung Potsdams am 14. April 1985 mit 50 000 Teilnehmern oder die Großkundgebung zum 40. Jahrestag der Bodenreform am 2. September des gleichen Jahres mit 120 000 Teilnehmern. Zuschauermassen wurden auch mobilisiert, wenn hochrangige Gäste aus dem Ausland anreisten. So besuchte am 20. April 1986 eine Delegation der KPdSU unter Leitung von Michail Gorbatschow das Schloss Cecilienhof als historischen Ort des Potsdamer Abkommens. 30 000 Potsdamer jubelten ihm zu, ohne zu ahnen, dass einer der wichtigsten Reformpolitiker der Zukunft ihre Stadt besuchte.

Andere Manifestationen nahmen stärker Bezug auf stadtkulturelle und -historische Aspekte, die ihrerseits Bausteine der offiziellen sozialistischen Stadtidentität waren. Zu ihren Merkmalen gehört eine vergleichsweise hohe Akzeptanz in der gesamten, auch außerparteilichen Bevölkerung. Dazu zählte beispielsweise der „Kosmische Tag“ vom 26. September 1978, an dem Zehntausende Potsdamer der Autokolonne mit den Kosmonauten Valeri Bykowski und Sigmund Jähn, erster Deutscher im Weltraum, durch die Innenstadt begeistert zujubelten. Hier verband sich Heldenaura mit dem offiziösen Stadtimage als Ort sozialistischer Wissenschaft. Trotz propagandistischer Überhöhung erzeugte dies unter der Potsdamer Einwohnerschaft Momente von Stolz, der gleichermaßen national wie lokal motiviert war. Denn mit dem Astrophysikalischen Observatorium und dem Geodätischen Institut auf dem Telegraphenberg, der Sternwarte in Babelsberg und dem Astronomischen Recheninstitut in Babelsberg bildete Potsdam neben Ost-Berlin, Jena und Sonneberg einen zentralen Standort der Kosmoswissenschaften der DDR.¹² Dass Raumfahrer Jähn 1983 zudem auch am Potsdamer Zentralinstitut für Physik der Erde promoviert hatte, wurde besonders gern erwähnt. Zu den Festakten wiederum, die offiziöse Festkultur mit stadtspezifischer Heimatkultur verbanden, gehörte neben Wohngebietsfesten (wie das Fischerfest im Stadtteil Kiewitt) auch die Vergabe des

Theodor-Fontane-Preises für Kunst und Literatur. Er wurde vom Rat des Bezirkes gestiftet und seit 1954 jährlich vergeben. Zu den Preisträgern gehörten renommierte, manchmal auch politisch unbequeme Künstler wie Peter Huchel (1956), Wolfgang Joho (1958) Hedwig Bollhagen und Erwin Strittmatter (1966), Christa Wolf (1972), Erwin Stranka (1979) oder Kurt Böwe und Hermann Beyer (1983).

Partei- und Staatsapparat im Überblick

Die mächtigste Instanz innerhalb des lokalen Herrschaftsgefüges war die SED-Bezirksleitung mit ihrer 13-köpfigen Führungsriege.²⁹ Mitte der 1980er Jahre gehörten ihrem Apparat 307 Mitarbeiter an, von denen 149 als politische Mitarbeiter geführt wurden – damit lag Potsdam im Bezirksvergleich im Durchschnitt.³⁰ Auch wenn sich die Zuständigkeit der Bezirksleitung formal vom Rat der Stadt bzw. der SED-Kreisleitung abgrenzte, waren ihre Mitarbeiter über alle wichtigen Vorgänge in der Stadt informiert. Manchmal führten sie selbst stadtrelevante Entscheidungen herbei. Erster Mann im Bezirk war Günther Jahn (geb. 1930), der seit 1976 die Bezirksleitung führte und eine Zeit lang als „Kronprinz“ von Generalsekretär Erich Honecker gehandelt wurde. Den wichtigen Posten des 2. Sekretärs besetzte seit dem gleichen Jahr Ulrich Schlaak (geb. 1932), der zuvor sechs Jahre lang erster Kreissekretär von Potsdam war. Als eine Art „Stabschef“ war er für das Innenleben der Partei verantwortlich, was auch die Regelung wichtiger Personalfragen wie die Auswahl der Kreissekretäre einschloss.³¹

Die Führungsspitze der SED-Bezirksleitung Potsdam in den 1980er Jahren (bis Oktober 1989)

Vorsitzender	Günther Jahn	1976–1989
1. Stellvertreter	Ulrich Schlaak	1976–1989
Sekretär für Wirtschaft	Heinz Wunderlich	1976–1989
Sekretär für Landwirtschaft	Hans Nieswand Reiner Bartling	1963–1988 1988–1989
Sekretär für Agitation und Propaganda	Werner Scholz Peter Trommer	1971–1987 1987–1989
Sekretärin für Wissenschaft, Volksbildung und Kultur	Christel Zillmann Jürgen Engelhardt	1979–1984 1984–1988
1988 Teilung in • Sekretärin für Kultur • Sekretär für Wissenschaft und Volksbildung	Ingeborg Herold Jürgen Engelhardt	1988–1989 1988–1989
Vorsitzender der Bezirksparteikontrollkommission	Günter Herm	1971–1989

Das Sekretariat der Bezirksleitung als Kerngremium setzte sich aus 15 regionalen Spitzenfunktionären und Funktionsträgern zusammen. Dazu gehörten 1988

unter anderem der Bezirksratsvorsitzende Herbert Tzschoppe und der Potsdamer Oberbürgermeister Wilfried Seidel, die 1. Sekretäre der FDJ-Bezirksleitung und der Potsdamer SED-Kreisleitung Wieland Grünwald und Heinz Vietze, der Chefredakteur des SED-Bezirksorgans „Märkische Volksstimme“ Werner Schubert und die Bezirkschefs der Volkspolizei und des MfS Generalleutnant Erich Griebisch und Generalmajor Helmut Schickart sowie der Chef der DDR-Landstreitkräfte Generaloberst Heinz Stechbarth.³²

Die im gleichen Gebäudekomplex untergebrachte Potsdamer SED-Kreisleitung bestand aus gewählten, ehrenamtlich agierenden Vertretern (zu denen immer auch der Leiter der MfS-Kreisdienststelle gehörte) und ihrem Verwaltungsapparat, der strukturell der Bezirksleitung glich.³³ Neben den Sekretären und Vorsitzenden der Kreisparteikontrollkommission gehörten die Vorsitzenden des Rates des Kreises bzw. Rates der Stadt, der Kreisplankommission und des FDGB-Kreisvorstandes sowie der 1. FDJ-Kreissekretär zum Sekretariat der Kreisleitung. Von den knapp 900 politischen und technischen Mitarbeitern, die Mitte der 1980er Jahre bezirkswweit in den Kreisleitungen angestellt waren,³⁴ entfielen ungefähr 70 auf die Kreisparteioorganisation (KPO) Potsdam. Ihr erster Sekretär war seit 1976 Gerhard Pannhausen (geb. 1928), der zuvor zwölf Jahre die SED-KPO in Brandenburg an der Havel angeführt hatte. Er wurde im November/Dezember 1988 von Heinz Vietze (geb. 1947) abgelöst, der aus Oranienburg kam und dort die SED-KPO vier Jahre lang geleitet hatte. Zweiter Sekretär war Hans Kleinschmidt (geb. 1931).

Innerhalb der Stadt agierte die SED-Kreisleitung sowohl als strikte Dirigentin als auch als einflussreiche Interessenvertreterin. So konstatierte die SED beispielsweise in einem Informationsbericht von 1986 über die städtische Wohnungspolitik durch den Rat des Kreises und den Rat der Stadt massive inhaltliche Unstimmigkeiten, Bürokratismus, nicht eingehaltene Zusagen, oberflächliche Bearbeitung von Anträgen und Eingaben, Kommunikationsschwierigkeiten und Herzlosigkeit bzw. fehlendes Fingerspitzengefühl im Umgang mit Härtefällen. Die Arbeitsweise der Potsdamer Mitarbeiter verursache „zu viele Störungen des Vertrauensverhältnisses zwischen Partei, Staat und Volk“, monierte der Bericht, bevor er dann eine Reihe von Beispielen gab, bei denen sich die Kreisleitung schriftlich oder mithilfe von Ortsterminen für Wohnungssuchende und gegen unlogisch-bürokratische Entscheidungen engagiert hatte.³⁵

Die Führungsspitze der SED-Kreisleitung Potsdam in den 1980er Jahren (bis Oktober 1989)

Vorsitzender	Gerhard Pannhausen Heinz Vietze	1976–1988 1988–1989
1. Stellvertreter	Hans Kleinschmidt	1976–1989
Sekretär für Wirtschaft	Erwin Puhlmann Rolf Kutzmutz	1975–1986 1986–1989

Sekretär für Landwirtschaft	Martin Tolkmitt	1974–1989
Sekretär für Agitation und Propaganda	Ulrich Wichert Jürgen Engelhardt Jürgen Akuloff Eberhard Selzer	1979–1980 1980–1983 1983–1988 1988–1989
Sekretär für Wissenschaft, Bildung und Kultur	Paul Holland Werner Peplowski Gabriele Herzel	1971–1980 1980 – 1984 1984 – 1989
Vorsitzender der Kreisparteikontrollkommission	Werner Jahn Erwin Puhlmann	1972 – 1986 1986 – 1989

Oberstes regionales Staatsorgan war der Rat des Bezirkes. Er setzte sich aus 22 Mitgliedern und einem Mitarbeiterapparat von bis zu 500 Personen zusammen.³⁶ Neben dem Vorsitzenden und 1. Stellvertreter existierten sieben weitere Stellvertreter. Sie waren zuständig für die Ratsbereiche Bezirksplankommission, bezirksgeleitete Industrie, Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft, Inneres, Handel und Versorgung, Energie sowie Verkehrs- und Nachrichtenwesen. Für zwölf andere Bereiche war je ein weiteres Ratsmitglied verantwortlich.³⁷ Vorsitzender war seit 1977 Herbert Tzschoppe (geb. 1927), der diese Funktion bis zur Auflösung der DDR-Bezirksräte 1990 ausüben sollte.³⁸

Die Führungsspitze des Rates des Bezirkes Potsdam in den 1980er Jahren

Vorsitzender	Herbert Tzschoppe	1977–1990
1. Stellvertreter	Harri Schindler	1980–1990
Sekretär des Rates	Klaus Köhler Dieter Angermann Fred Kretzschmar	1974–1981 1981–1985 1985–1990

Der Rat der Stadt bestand an der Spitze aus dem Oberbürgermeister und seinen drei, später fünf Stellvertretern sowie dem Sekretär des Rates, die alle der SED angehörten.³⁹ Des Weiteren gehörten dazu 10 bzw. 12 Stadträte (1984/1989). Aus dem Kreis der Stellvertreter wurden nach den Kommunalwahlen 1989 folgende Fachbereiche abgedeckt: 1. Stellvertreter, Stadtplankommission, Inneres, Handel und Versorgung sowie Kreisarzt. Auf die anderen Stadträte entfielen: Wohnungspolitik und Wohnungswirtschaft, Stadtbaudirektor, Umweltschutz, Wasserwirtschaft, Erholungswesen und allgemeine Landwirtschaft, Kultur, Verkehrs- und Nachrichtenwesen, Finanzen und Preise, Energie, Stadtschulrat, örtliche Versorgungswirtschaft, Amt für Arbeit, Jugendfragen, Körperkultur und Sport sowie internationale Beziehungen.⁴⁰ Der Rat war der Stadtverordnetenversammlung gegenüber als oberstem örtlichen Organ der Staatsmacht rechen-schaftspflichtig. Dort saßen nach einem festgelegten Partei- und Organisations-



Kranzniederlegung am Gedenktag für die Opfer des faschistischen Terrors am 9.9.1989. Hinter den Soldaten: Heinz Vietze (l.), Manfred Bille (2.v.l.) sowie Rolf Kutzmutz (r.).

schlüssel 225 Abgeordnete bzw. 75 Nachfolgekandidaten (Mai 1989). Zu deren Aufgaben gehörten neben der Mitarbeit in den Ständigen Kommissionen, von denen es am Ende 15 gab, auch die Erarbeitung des Generalbebauungsplans, des Generalverkehrsplans und des Generalplans zur stadttechnischen Versorgung. Außerdem erstellten sie Richtlinien für den städtischen Wohnungsbau bzw. das Bauwesen.⁴¹

Brunhilde Hanke (geb. 1930) prägte von 1961 bis 1984 und damit so lange wie niemand vor und nach ihr das Gesicht des Oberbürgermeisteramtes. Als Mitglied der Volkskammer und des DDR-Staatsrates war sie bereits mit 31 Jahren an die Stadtspitze berufen worden und setzte in ihrer Amtszeit den großen städtebaulichen Umbruch Potsdams um. Hanke wurde zum propagandistischen Aushängeschild für die „Bedeutung der Rolle der Frau in unserer sozialistischen Gesellschaft“.⁴² Ihr folgte für knappe fünf Jahre Wilfried Seidel (geb. 1939), der zuvor als stellvertretender Bezirksratsvorsitzender für Verkehr bereits im höheren Staatsapparat tätig gewesen war. Im Mai 1989 wurde dann Seidel in einer ungewöhnlich konzertierten Personalumbau-Aktion zusammen mit einer ganzen Reihe von Stadträten abgelöst und, auf Vorschlag des neuen 1. Sekretärs der SED-Kreisleitung Heinz Vietze, durch Manfred Bille (geb. 1937) ersetzt. Ebenso wie Seidel hatte er zuvor den Posten des Stellvertreters des Vorsitzenden des Rates des Bezirkes für Verkehrs- und Nachrichtenwesen inne.

Oberbürgermeister und ausgewählte Räte der Stadt Potsdam in den 1980er Jahren

Oberbürgermeister	Brunhilde Hanke Wilfried Seidel Manfred Bille	1961–1984 1984–1989 1989–1990
1. Stellvertreter	Werner Gramann Marlies Nopens	1981–1988 1988–1990
Stellvertreter des Oberbürgermeisters für Handel und Versorgung	Torsten Funk Monika Schirpzig	1979–1985 1985–1990
Stellvertreter des Oberbürgermeisters für Inneres	Heinz Müller	1969–1990
Stadtschulrat	Walter Diecke Ursula Schulze	1970–1986 1986–1990
Stadtrat für Umweltschutz, Wasserwirtschaft, Erholungswesen und allgemeine Landwirtschaft	Werner-Lutz Stolzenburg	1979–1990
Stadtrat für Kultur	Günter Feilbach Dieter Pacziepny	1972–1985 1985–1990
Stadtbaudirektor	Martin Fritsch	1977–1990
Stadtrat für Wohnungspolitik und Wohnungswirtschaft	Peter Angerer Lothar Hölzer	1979–1989 1989–1990
Stadtrat für Jugendfragen, Körperkultur und Sport	Bodo Schulz	1981–1990

Höchste institutionell-administrative Dichte war ein Charakteristikum von Bezirksstädten. Dadurch kam es zwangsläufig zu Parallelstrukturen, verschränkten Hierarchien und einem bisweilen irritierenden Nebeneinander von Zuständigkeiten. Kompetenzvielfalt, die bis zum Entscheidungswirrwarr reichen konnte, war trotz formal getrennter Aufgabenfelder die Folge. Das konnte in der Vorherrschaft der Bezirks- gegenüber der Stadtebene begründet liegen, aber auch an der unterschiedlichen institutionellen Zugehörigkeit der städtischen Einrichtungen.⁴³ So unterstand beispielsweise die Hochschule für Film und Fernsehen dem Ost-Berliner Kulturministerium, das „Kabarett am Obelisk“ dagegen wurde auf Bezirksebene verwaltet, wohingegen die Kulturhäuser wiederum Einrichtungen der Stadt waren. Unter diesen Bedingungen gestaltete sich die durchgehende Kontrolle und Lenkung als schwierig bzw. waren dem Prinzip des „demokratischen Zentralismus“ gewisse Grenzen gesetzt.

Dass dennoch die SED die Oberhand behielt und die Entscheidungsprozesse beherrschte, dafür sorgte die Vergabe der wichtigsten Posten im Staatsapparat an SED-Mitglieder. Der Grad der Durchdringung wird deutlich, wenn man sich die Arbeitsplatzverteilung der 2135 SED-Mitglieder anschaut, die 1985 in den Kreisen Potsdam-Stadt und -Land als hauptamtliche Funktionäre beschäftigt waren: 327

von ihnen waren in den Massenorganisationen, 1659 im Staatsapparat tätig.⁴⁴ Die häufige Ämterverquickung verschleierte allerdings immer wieder eindeutige Zuordnungen von außen, wie an den zwei Mitgliedern der Delegation exemplarisch deutlich wird, die im Frühjahr 1989 als Vertreter der Stadtverordnetenversammlung die bundesdeutsche Partnerstadt Bonn bereisten: So war der Sekretär für Wirtschaft der SED-Kreisleitung, Rolf Kutzmutz, der Potsdamer Stadtverordnetenversammlung seit 1987 als „berufener Bürger“, ab 1989 als Kandidat verbunden. Die Schuldirektorin Heike Weigert wiederum besaß das Mandat des FDGB, war jedoch zugleich Mitglied der SED.⁴⁵ Parteigremien durften den staatlichen Organen in ihrer Arbeit zwar grundsätzlich nur Empfehlungen geben, bei Kaderfragen musste jedoch ihre Zustimmung eingeholt werden. Insofern besaß der „Kreml“ als Sitz von Bezirks- und Kreisleitung tatsächlich die Stellung einer regionalen „Schaltzentrale der Macht“.⁴⁶

In der Forschung ist wiederholt auf die notwendige Unterscheidung zwischen „Altkommunisten“, der „Aufbaugeneration“ und der nachfolgenden „Mauergeneration“ als eigene Erfahrungsgemeinschaften innerhalb des SED-Funktionärskorps hingewiesen worden.⁴⁷ Während in den 1980er Jahren im Politbüro noch immer die Alt-Kommunisten dominierten, überwog unter den regionalen Spitzenfunktionären die Gruppe der um 1929 und danach Geborenen. Die Erlebnisse des kommunistischen Widerstands, der Verfolgung und des Exils in der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft gehörten nicht zu ihrem kollektiven Erfahrungsschatz. Sie hatten ihre politische Sozialisation erst nach 1945 erhalten, in einer Phase, die geprägt worden war durch die gewaltsame Sowjetisierung der ostdeutschen Gesellschaft und Parteienlandschaft, die Zwangsvereinigung von KPD und SPD zur SED und ihre Formung zu einer stalinistischen Kaderpartei sowie die Gründung der DDR unter Führung der SED. Parteipolitische Ausbildung und persönlicher Aufstieg dieser Generation im Parteiapparat waren daher unmittelbar an Aufstieg und Etablierung der SED zur Staatspartei gekoppelt. Daraus resultierte eine besonders enge, von tiefer Dankbarkeit erfüllte Bindung zu Partei und DDR, die zugleich als zeitlebens währende Verpflichtung verinnerlicht wurde. Hinzu kam ein latent fortwährendes Schuldbewusstsein gegenüber den Alt-Kommunisten, den opferreichen Kampf gegen den Nationalsozialismus nur mitverfolgt, nicht jedoch ausgefochten zu haben, was wiederum das Pflichtgefühl, dem Projekt Sozialismus bzw. DDR im Sinne der „Alten“ zu dienen, verstärkte.⁴⁸

Diese generalisierenden Zuordnungen sind für Potsdam insofern bedeutsam, als die dortigen hohen Amts- und Funktionsträger mehrheitlich der Aufbau- sowie etliche der Mauergeneration angehörten. Blickt man auf die Geburtsjahrgänge in der SED-Bezirksleitung, aber auch an der Spitze der SED-Kreisleitung sowie des Bezirks- und Stadtrates, kann keinesfalls von einer Überalterung der lokalen Führungsspitze die Rede sein. Ende 1988 lag die Altersspanne der hauptamtlichen Sekretäre der SED-Bezirksleitung zwischen 36 und 62 Jahren, ihr Durchschnittsalter betrug 51 Jahre;⁴⁹ der erste Bezirkssekretär der SED war zu diesem Zeitpunkt 58

Jahre alt, der erste Kreissekretär 41, der Bezirksratsvorsitzende 61 und der Oberbürgermeister 49. Von den insgesamt 17 Stadträten und Stellvertretern des Oberbürgermeisters, die im Sommer 1989 in Potsdam amtierten, waren 14 zum Teil deutlich jünger als 50 Jahre.⁵⁰

Hinzu kam, dass in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre eine Reihe von Spitzenkadern wechselte, sei es aus Alters- oder fachlichen Gründen. Von den sieben Sekretären der SED-Bezirksleitung waren vier neu im Amt: Peter Trommer (seit 1987), Reiner Bartling (seit 1988), Jürgen Engelhardt (seit 1984) und Ingeborg Herold (seit 1988).⁵¹ In der Spitze der SED-Kreisleitung hatte Heinz Vietze Ende 1988 Gerhard Pannhausen abgelöst, Oberbürgermeister Wilfried Seidel war seit 1984 im Amt, bevor er im Mai 1989 von Manfred Bille abgelöst wurde.

Diese Personalveränderungen und teilweise Verjüngung der SED-Kreissekretariate waren durchaus spezifisch für die Entwicklung im Bezirk Potsdam, dagegen untypisch für den Landestrend, wo eine Generationsblockade den Karriereaufstieg der Mauergeneration auf der Bezirks- und Kreisebene weitgehend verhinderte.⁵² So waren im letzten Jahrzehnt der DDR in den 15 Potsdamer Kreisleitungen mit Winfried Mitzlaff in Belzig (seit 1988), Dieter Schultz in Gransee (seit 1987), Maritta Böttcher in Jüterbog (seit 1988), Jürgen Akuloff in Luckenwalde (seit 1988), Franz Schmoranz in Oranienburg (seit 1988), Gunther Roeseler in Pritzwalk (seit 1985), Manfred Eichelbaum in Wittstock (seit 1983) und Dietmar Schilling in Zossen (seit 1988) gleich acht neue erste Sekretäre berufen worden.⁵³ Die generationellen Prägungen in den regionalen Mittelinstanzen der SED sollten sich dann im Umbruch 1989/90 zu einem eigenständigen Faktor entwickeln, der die lokalen Dynamiken und Logiken des Machtzerfalls, aber auch des Überlebens der brandenburgischen SED/PDS nachhaltig beeinflusste. Denn in der Regel erwiesen sich die jüngeren bzw. neuen Sekretäre als flexibler und undogmatischer im Umgang mit der Bürger- und Massenprotestbewegung. Zugleich gelang es ihnen besser als den alteingesessenen Funktionären, sich programmatisch vom alten Macht- und Parteiapparat abzugrenzen und der Parteibasis einen Neuanfang glaubhaft zu machen.⁵⁴ Der mit 41 Jahren zum Potsdamer Parteisekretär ernannte Heinz Vietze sollte, wie noch zu zeigen sein wird, dafür ein Paradebeispiel darstellen.

Die Mitgliederbasis der SED

Dass die DDR-Gesellschaft zu einem beträchtlichen Teil durchherrscht werden konnte, garantierte auch die hohe Mitgliederdichte und der ausgeprägte Organisationsgrad von Parteien und Massenorganisationen. Als Staatspartei kam der SED dabei ein besonderes Gewicht zu, wie das Potsdamer Beispiel eindrucksvoll zeigt. Ihrer Bezirksparteiorganisation gehörten Ende 1988 106 528 Mitglieder und Kandidaten an. Damit war jeder achte Bürger über 18 Jahre Parteimitglied oder -kandidat im Bezirk, unter den Berufstätigen bzw. männlichen Volljährigen sogar jeder sechste.¹³

*Anzahl der Parteigruppen, Abteilungsparteiorganisationen und Grundorganisationen der Bezirks-
parteiorganisation Potsdam 1988¹⁴*

Parteigruppen	4 108
Abteilungsparteiorganisationen	1 198
Grundorganisationen	3 668

Die Kreisparteiorganisation Potsdam (KPO) war die größte und bedeutendste im Bezirk. Sie stellte zusammen mit den SED-KPO Brandenburg und Oranienburg knapp die Hälfte aller Parteimitglieder.¹⁵ 1988 gehörten ihr bei einem Frauenanteil von rund 40 Prozent 26 036 Mitglieder und Kandidaten aus dem Stadt- und umliegenden Landkreis an. Davon waren ca. 17 000 in der Bezirksstadt organisiert.¹⁶ Die exklusive Mitgliedschaft ihres 1. Sekretärs in der SED-Bezirksleitung unterstreicht ihre besondere Stellung in der Region.

Die personelle „Kampfkraft“ der SED in ausgewählten Potsdamer Betrieben (1985)¹⁷

Backwarenkombinat Potsdam	157 Mitglieder
Getränkerekombinat Potsdam	260 Mitglieder
Tiefbaukombinat Potsdam	318 Mitglieder
Wohnungsbaukombinat Potsdam	551 Mitglieder
Verkehrskombinat Potsdam	1 266 Mitglieder

Dass der Anteil des nichtproduzierenden Bereichs in Potsdams Wirtschaftsgefüge besonders hoch war, spiegelte sich in der überproportional hohen Mitgliederzahl von Intelligenzlern und Angestellten in der SED wider: Betrug ihr Anteil bezirkswide während der 1980er Jahre konstant rund 30 Prozent, belief er sich in Potsdam auf 45 Prozent und mehr und übertraf damit knapp sogar die Gesamtzahl der Arbeiter und Bauern in der SED-KPO.¹⁸ Sie vereinte rund ein Drittel aller bezirkswiden SED-Mitglieder der Leitungskader, der technisch-ökonomischen Intelligenz, der Pädagogen und der hauptamtlichen Funktionäre. Bei den Juristen, Künstlern und der sogenannten „übrigen Intelligenz“ waren es sogar die Hälfte.¹⁹ Die große Mehrheit der knapp 9.000 parteiangehörigen „Intelligenzler“ lebte und arbeitete direkt in der Bezirksstadt.²⁰

Ausgewählte Statusgruppen der SED-KPO Potsdam 1988²¹

Arbeiter	11 237 (43,2 Prozent)
davon Produktionsarbeiter	6 282 (24,1 Prozent)
Bauern	561 (2,2 Prozent)
Intelligenzler	8 987 (34,5 Prozent)
Jugendliche bis 25 Jahre	2 218 (8,5 Prozent)
Frauen	10 236 (39,3 Prozent)

Auffällig für die gesamten 1980er Jahre bis zum Ausbruch der Herbstrevolution sind die ungebrochenen Zuwachsraten in der lokalen Parteimitgliederstatistik. Das betraf die SED gleichermaßen wie die Blockparteien. Diese Entwicklung korrespondierte mit dem bezirksweiten,²² nicht jedoch mit dem Landestrend. Hier hatte der Zuwachs seinen Höhepunkt im Jahr 1987, als die SED 2 328 331 Mitglieder und Kandidaten in ihren Reihen zählte. Danach ging diese Zahl wieder leicht zurück.²³

Ausgewählte Mitgliederzahlen der SED-KPO Potsdam²⁴

1980	21 904
1982	23 707
1985	24 480
1988	26 036

Die Gründe für den Parteieintritt (wie auch den Verbleib) konnten vielfältiger Natur sein: ideologische Überzeugung, Glaube an die Reformierbarkeit von innen bzw. an den „Gang durch die Institutionen“, soziale und Identität stiftende Bindungskräfte durch das Parteilieben, karrieristisches Vorteilsdenken, berufliche Zwänge, Gewohnheit, Beeinflussung durch Parteimitglieder in der Familie, geschickte oder aggressive Kandidatenwerbung, Angst vor den Folgen eines Austritts oder der Ablehnung eines Kandidatenvorschlags. Doch scheinen drei Ursachen besonders auf der Hand zu liegen, wenn man den ungebrochenen Mitgliederzuwachs der 1980er Jahre erklären will. So stiegen die Bevölkerungszahlen Potsdams durch den Zuzug auswärtiger Arbeitskräfte und Familien rasant an. Unter ihnen befanden sich zum einen bereits SED-Mitglieder, zum anderen viele Menschen jüngeren und mittleren Alters, die das potenzielle Kandidaten- bzw. Mitgliederreservoir beständig neu auffüllten (1988 waren 65,3 Prozent der aufgenommenen 2540 Kandidaten jünger als 25 Jahre²⁵). Zudem war Potsdam als Ballungszentrum von Eliten eine Stadt, die vielseitige Karrieren verhieß. Diese waren an Parteimitgliedschaft gebunden oder schienen es vielfach. Das führt zum dritten Motiv: Gerade unter den Angehörigen des Kultur-, Bildungs- und Wissenschaftssektors war ein beträchtlicher Teil der Überzeugung, dass das Gesellschaftssystem, wenn überhaupt, nur durch Veränderungen reformiert werden könne, die aus der SED selbst kämen. Gorbatschows Anstrengungen in der Sowjetunion wurden dafür als klares Signal gedeutet. Insofern hegten nicht wenige den Glauben, mit ihrer Kandidatur bzw. ihrem Parteieintritt einen Reformbeitrag für die Zukunft leisten zu können – selbst wenn das Aufnahme-prozedere mit einem erheblichen Aufwand verbunden war. Dass der Anteil solcher reformsozialistisch Gesinnter kein geringer war, belegen die hohen Mitgliederzahlen und die soziale Zusammensetzung, die die SED-PDS in Potsdam nach 1989 auszeichnete.

Gleichwohl muss in der Gesamtrechnung offen bleiben, inwiefern die regionale Parteistatistik durch Zahlenmanipulation oder Karteileichen fehlerhaft oder gar verfälscht worden war. Wie überall stand auch die Potsdamer SED im fortlaufenden Wettbewerb um die höchsten Kandidatenzahlen und Mitgliederzugewinne. Oftmals wurde regelrecht Jagd auf potenzielle Genossen gemacht. Anlass dazu lieferten Werbekampagnen rund um Parteitage und Jubiläen. Allein im sogenannten Kandidatenjahr 1985/86 wurden mit einem Schlag bezirkswweit 3448 Kandidaten im Durchschnittsalter von 24 Jahren als vollwertige Parteimitglieder aufgenommen.²⁶

Im Ergebnis hatte die Mitgliederstärke der Bezirksparteiorganisation seit 1960 um rund 50 Prozent zugenommen und sich seit ihrer Gründung 1952 sogar mehr als verdoppelt.²⁷ Doch auch die „befreundeten“ Blockparteien erfreuten sich ungebremsster Zugewinne und konnten allein in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre ihre Mitgliederstärke um bis zu zehn Prozent steigern.²⁸

Mitgliederzahlen der Blockparteien in der Kreisparteiorganisation Potsdam 1986 und 1988

	1986	1988
CDU	963 (Bezirk: 7 186)	979 (Bezirk: 7 536)
NDPD	1 047 (6 213)	1 108 (6 614)
LDPD	973 (5 831)	1 076 (6 468)
DBD	579 (6 776)	682 (7 864)

All dies macht deutlich: Am Ende der 1980er Jahre war in der Bezirksstadt allein durch Parteimitgliedschaften ein erheblicher und stetig wachsender Bevölkerungsanteil in die Herrschaftsstrukturen der SED eingebunden bzw. hatte sich zu ihnen bekannt. Zwar spiegelt der Besitz des Parteibuches nur bedingt den Grad der Staatsloyalität wider. Gleichwohl sicherten die damit verbundenen Mechanismen und Logiken Gefolgschaft und Disziplin gegenüber der SED-Führung.

Kaderschmieden und staatsnahe Bildungseinrichtungen

Aufgrund der zahlreichen partei- und staatsnahen Bildungs- und Wissenschaftseinrichtungen war Potsdam in den 1980er Jahren Arbeits- und Lebensraum für Zehntausende künftige Kader und Eliten. Diese kamen in der Mehrzahl von außerhalb und waren ganz auf die Institutionen fixiert, die sie besuchten. Deren Areale waren für Außenstehende meist unzugänglich, sodass oftmals die Objekte wie zum Teil auch die darin Tätigen Fremdkörper im Stadtviertel blieben. Dafür sorgte nicht zuletzt ein unterschiedlich streng gehandhabtes Kontroll- und Überwachungssystem, das die (Aus-)Bildungseinrichtungen abschirmte und sogar die Wohnheime einschloss. Gerade für die Institutionen des militärischen Bildungskomplexes wie die Juristische Hochschule des MfS oder das Militärgeschichtliche

Institut der DDR entstand daher der Eindruck einer kasernierten Studenten- bzw. Mitarbeiterschaft. Ihre Präsenz und der nicht selten auch einschüchternde Außenblick der Einrichtungen befestigten die zeitgenössische Wahrnehmung Potsdams als Brandenburger „Kaderschmiede“.

Parteieigene Kaderanstalten von besonderer Bedeutung waren die Bezirksparteischule „Julian Marchlewski“ (auch „Parteischulkombinat“ genannt), die seit 1979 im Potsdamer Wohnviertel Waldstadt ihren Sitz hatte, und die zentrale SED-Parteischule „Karl Liebknecht“ in Kleinmachnow. Die inmitten im Waldstädter Wohnviertel gelegene, 3,2 Hektar große und von Werner Meißner geleitete Bezirksparteischule bestand aus einem weiträumigen Bauensemble mit einem elfgeschossigen Internat mit 256 Zimmern, einem Lehrgebäude und einer Mensa, das durch das Fassadenmosaik „Der Kampf des Proletariats“ von Emil Spieß im Wohnviertel Waldstadt II weithin sichtbar war.⁵⁵ Aufgabe der Bezirksparteischule war die Weiterbildung der Nomenklaturanwärter der Bezirksleitungen und die Durchführung von Direkt- und Fernstudiengängen, mit denen künftige Kader auf ihre Leitungsfunktionen in Grundorganisationen der Partei sowie in Staats- und Wirtschaftsorganen vorbereitet wurden. Jährlich kamen rund 3 000 Personen zu unterschiedlich langen Lehrgängen zusammen.⁵⁶ Bis 1985 hatte etwa die Hälfte aller Mitglieder der SED-KPO Potsdam die Parteischule besucht.⁵⁷

Die zentrale SED-Parteischule in Kleinmachnow befand sich dagegen an der städtischen Peripherie. Ihre Internate und Unterrichtsgebäude, die sich auf der Liegenschaft der „Hakeburg“ befanden, gehörten in den 1930er und 1940er Jahren zur Forschungsanstalt der Deutschen Reichspost. Schwerpunkt der Lehre in Kleinmachnow war die Weiterbildung leitender Kader für Agitation, Propaganda und Kultur, die Ausbildung von Parteischullehrern sowie das Ausländerstudium. Im Stellenplan waren neben 52 Lehrkräften und 116 technischen Mitarbeitern auch 20 Mann Wachpersonal vorgesehen, deren Präsenz (mit Waffe) dem abgeschirmten Areal zusätzlich einen Kasernencharakter verlieh. Durch die Lehrgangspflicht für Kader des Partei- und Staatsapparates ergibt sich eine beeindruckend hohe Zahl an Teilnehmern: allein zwischen 1978 und 1987 besuchten offiziell knapp 110 000 Parteisekretäre auf Kreisebene, Parteischullehrer und Abteilungsleiter auf Bezirksebene die hier angebotenen Kurz-, Sechs-Monate- oder Einjahreslehrgänge. Weitere 100 000 Mitarbeiter des Partei- und Staatsapparats, von Massenorganisationen, aber auch Botschaften besuchten Kurzlehrgänge zum Marxismus-Leninismus. Darüber hinaus wurden im gleichen Zeitraum im Rahmen der „internationalistischen Solidarität“ über 2000 werdende Kader aus „befreundeten“ Entwicklungsländern ausgebildet.⁵⁸

Zu den bildungspolitischen Spitzeneinrichtungen von nationalem Rang gehörte zweifellos die Akademie für Rechts- und Staatswissenschaft der DDR, die zunächst in Forst Zinna errichtet worden war und 1952 nach Potsdam-Babelsberg umzog. In drei Sektionen⁵⁹ bzw. vier Instituten⁶⁰ befasste man sich mit der Aus- und Weiterbildung von leitenden Beschäftigten des Staatsapparates und



Margot Honecker, Ministerin für Volksbildung, während ihrer Festrede anlässlich des 40jährigen Bestehens der Pädagogischen Hochschule „Karl Liebknecht“ Potsdam am 19.10.1989.

des diplomatischen Dienstes sowie der rechtswissenschaftlichen Forschung.⁶¹ Ausgestattet und abgeschottet wie eine Eliteschule – die Akademie unterstand jahrzehntelang direkt dem Ministerrat der DDR – wurden hier seit 1948 rund 35 000 Kader für ihren Dienst in staatlichen Kommunalverwaltungen, Institutionen und Ministerien ausgebildet. Auch eine ganze Reihe von bedeutenden ostdeutschen Politikern und staatlichen Funktionsträgern, die nach 1989 Karriere machten, hatten hier ihre Ausbildung erhalten oder waren im Lehr- und Forschungsbetrieb tätig gewesen – sehr zum späteren Ärger von Journalisten und DDR-Bürgerrechtlern.⁶² Mit Sitz nahe dem Grenzgebiet am Bahnhof Griebnitzsee verfügte die Akademie auch außerhalb ihres zentralen Areals über Gebäude und ehemalige Villen in Babelsberg, in denen unter anderem Studierendeninternate betrieben wurden.

Eine Ausbildungsstätte der besonderen Art stellte das zur Akademie gehörende Institut für Internationale Beziehungen der DDR (IIB) dar. Als zentrale Diplomatenschule der DDR wurde hier der Großteil des Personals für das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten (MfAA) ausgebildet. Aber auch Funktionäre für den Außenhandel und für Beziehungen zum Ausland durchliefen die Schule. Das Institut galt als wichtigste auswärtige Beratungs- und Informationsinstanz für das MfAA, sein Direktor gehörte automatisch zur ZK-Nomenklatur der SED. Rund 40 Professoren und Dozenten, 80 wissenschaftliche Mitarbeiter, 50 Sprachlehrer und 40 technische Mitarbeiter sicherten den Lehrbetrieb und drillten die

akribisch ausgewählten Studierenden zu „Parteiarbeitern im außenpolitischen Dienst“.⁶³ Lehrende und Lernende bildeten zusammen einen elitären Kreis, der der SED bzw. der „Sache des Sozialismus“ besonders treu ergeben war. Dass das Institut tatsächlich ein „Think-Tank“ für die SED-Außenpolitik war, wird auch in den rund 250 Dissertationen und Habilitationen sowie weiteren 100 Monografien und Publikationen deutlich, deren Titel in einem Sammelband nachzulesen sind.⁶⁴

Das Institut kooperierte mit ähnlichen Ausbildungseinrichtungen im sozialistischen Ausland sowie den führenden gesellschaftswissenschaftlichen Instituten und akademischen Lehrstühlen. Im Bewusstsein, innerhalb der führenden Elite einem exklusiven Kreis anzugehören oder es bald zu tun, dachten und handelten ihre Angehörigen einmal mehr wie „150-Prozentige“. Der letzte Institutsdirektor Helmut Matthes schreibt in Bezug auf die ansässigen Wissenschaftler rückblickend, in seiner Weltanschauung und politischen Bindung hätte sich jeder für den Marxismus-Leninismus entschieden.⁶⁵ Bei Abweichungen wie im Fall des Völkerrechtlers Joachim Schulz, der es gewagt hatte, intern die Invasion der Warschauer-Pakt-Truppen in die ČSSR und die Rolle der UdSSR im Hitler-Stalin-Pakt zu kritisieren, griffen sofort Disziplinarmaßnahmen. Zunächst wurde Schulz 1972 im Institut degradiert, dann in den Archivdienst versetzt und schließlich 1985 frühpensioniert. Innerhalb des Lehrkörpers wirkte sein Fall über fast zwei Jahrzehnte als Abschreckung und mahnendes Beispiel.⁶⁶ Selbstaussagen nach zu urteilen, gab es bis Herbst 1989 keinen erkennbaren parteipolitischen Reformflügel innerhalb des Instituts, wenngleich es hinter vorgehaltener Hand vorsichtige Kritik oder leise Sympathiebekundungen für Gorbatschow von vereinzelt Mitarbeitern gegeben haben soll. Zwischen den Zeilen mancher Publikation mag zwar alter ideologischer Dogmatismus entschärft oder beanstandet worden sein, aber über den engen fachspezifischen Zirkel hinaus blieben solche Andeutungen und Tendenzen unerkannt.

Weit über die Bezirksgrenzen hinaus hatte Potsdam den Ruf als bedeutende „Lehrerschmiede“ der DDR. Die im Gebäudekomplex am Neuen Palais befindliche Pädagogische Hochschule (PH), die 1951 aus der Brandenburgischen Landeshochschule hervorgegangen war und seit 1971 den Namen „Karl Liebknecht“ trug, war die größte der insgesamt neun Pädagogischen Hochschulen im Land. In den 1980er Jahren studierten in der dortigen Mathematisch-Naturwissenschaftlichen, Historisch-Philologischen und Pädagogisch-Psychologischen Fakultät durchgängig zwischen 3 000 und 3 500 Studenten.⁶⁷ Ebenfalls mit künftigen Lehrkräften befasste sich das in der Stadtmitte, unmittelbar neben der Wissenschaftlichen Allgemeinbibliothek gelegene, 1952 gegründete Institut für Lehrerbildung „Rosa Luxemburg“ (IfL), in dem jährlich einige Hundert Studierende zu Unterstufenlehrern, Heimerziehern und Pionierleitern ausgebildet wurden. Seine Größe und die Lage zwischen Platz der Einheit und Altem Markt verkörperten quasi symbolisch den Anspruch der Bezirksstadt als regionales Bildungszentrum, was durch den Sitz der

Stadtbibliothek und Bücherei „Alexander von Humboldt“ im Seitenflügel noch unterstrichen wurde. Alle Einrichtungen waren in einem überdimensionalen, in den 1970er Jahren errichteten Montagebau untergebracht, der aufgrund seines modernen Entwurfs zu einem architektonischen Aushängeschild des „neuen“ Potsdams wurde. Angesichts des sozialistischen Bildungsauftrags von PH und IfL war der Anteil an parteitreuen und systemloyalen Mitarbeitern hier besonders hoch. Von den insgesamt 1 398 Beschäftigten (davon 768 wissenschaftliche Mitarbeiter) im Jahr 1988 waren 883 Mitglieder und 24 Kandidaten der SED.⁶⁸ Ideologische Zuverlässigkeit wurde vom Lehrkörper wie auch von der Studentenschaft eingefordert und während des laufenden Studienbetriebs regelmäßig überprüft.⁶⁹ Dass in den 1980er Jahren Fälle von Renitenz und politischem Widerspruch ausgesprochen selten blieben, dafür sorgten bereits im Vorfeld Auswahlgespräche und kontrollierte Zulassungsverfahren in der Zeit während des Schulabiturs.⁷⁰ Auch die städtische Randlage der PH und das Fehlen einschlägiger Treffpunkte bremste das Entstehen einer lebendigen, kulturell subversiv orientierten Studentenszene, wie sie für andere Universitätsstädte typisch war. Im Ergebnis bildeten sich im Umfeld von PH und IfL keine systemkritischen Diskussionsforen oder Gegenöffentlichkeiten, die spürbar in die Institution oder gar Stadt hineinwirkten.

Dass Potsdam ein regionales Bildungszentrum war, machte sich auch durch die Schüler- und Lehrlingsausbildung bemerkbar: So war die Stadt Arbeitsmittelpunkt von knapp 2 000 Lehrern und Lehrausbildern, die Ende der 1980er Jahre in 42 Oberschulen, fünf Sonderschulen, zwei Erweiterten Oberschulen sowie zehn Berufsschulen rund 19 300 Schüler und 4 400 Lehrlinge unterrichteten.⁷¹ Als Angehörige des Lehrkörpers vermittelten sie – mal mehr oder mal weniger dogmatisch – sozialistische Bildungsinhalte. Weitere wichtige Ausbildungsstätten mit Sitz in Potsdam waren die Fachschule für Archivwesen, die Fachschule für Gesundheits- und Sozialwesen, die Außenstelle der Ost-Berliner Fachschule für Werbung und Gestaltung und die Medizinische Fachschule des Bezirkskrankenhauses. Im Unterschied zur Lehrerausbildung war ihr ideologischer Bildungsauftrag jedoch weniger explizit ausformuliert.

Weniger der Bildungsvermittlung als vielmehr der Aktenarchivierung und Wissensspeicherung dienten die Archive, die in Potsdam ihren Sitz hatten. Von nationaler Bedeutung war das Zentrale Staatsarchiv der DDR, das sich zusammen mit der Staatlichen Archivverwaltung der DDR in der Berliner Straße befand. Es galt als eines der wichtigsten Archive des Landes. Hier lagerten umfangreiche Archivalien deutscher Zentralbehörden aus der Zeit vor und nach 1945. Entsprechend hoch waren die Zugangsbarrieren, und die Mitarbeiter wurden nach besonderen Kriterien ausgesucht.⁷² Vergleichsweise klein nahm sich dagegen das Fontane-Archiv in der Dortustraße aus, ein Ableger der Ost-Berliner Stadtbibliothek, der unter anderem die in 25 Ländern vertriebenen „Fontane-Blätter“ herausgab.⁷³